

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

57. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. Dezember 1972

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5214)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschluß (S. 5238)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 5214)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatteerin: Lona Murowatz (S. 5214)

Redner: Harwalik (S. 5215), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 5220), Dr. Schnell (S. 5225) und Dr. Frauscher (S. 5234)

Vertagungsbeschluß (S. 5238)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen (822/A.B. zu 540/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (823/A.B. zu 819/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen (824/A.B. zu 818/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen (825/A.B. zu 801/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Kinzl und Genossen (826/A.B. zu 808/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Brunner und Genossen (827/A.B. zu 814/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Wedenig und Genossen (828/A.B. zu 810/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Wedenig und Genossen (829/A.B. zu 811/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gruber und Genossen (830/A.B. zu 822/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (831/A.B. zu 844/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Prader und Genossen (832/A.B. zu 806/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (833/A.B. zu 820/J)

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (834/A.B. zu 821/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Vw. Josseck und Genossen (835/A.B. zu 952/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Zeillinger und Genossen (836/A.B. zu 956/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten DDr. Neuner und Genossen (837/A.B. zu 839/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (838/A.B. zu 870/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Koller und Genossen (839/A.B. zu 825/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Hietl und Genossen (840/A.B. zu 841/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (841/A.B. zu 849/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (842/A.B. zu 827/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (843/A.B. zu 850/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Hietl und Genossen (844/A.B. zu 838/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Brunner und Genossen (845/A.B. zu 859/J)

Beginn der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident Dr. **Maleta**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Horr, Dr. Gruber, Staudinger, Dr. Schleinzner, Brandstätter, Nittel, Fachleutner, Dr. Blenk und Robert Graf.

Zuweisungen

Präsident Dr. **Maleta**: Die eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt. (*Abg. Zeillinger: Die Tagesordnung!*) Die Tagesordnung ist bekanntgegeben worden. (*Abg. Zeillinger: Aber wir wollen sie schriftlich bekommen!*) Ich werde das veranlassen. Aber sie dürfte allgemein bekannt sein.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China (590 der Beilagen) dem Handelsausschuß und

Bundesgesetz betreffend das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (591 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschuß. (*Abg. Zeillinger: Ich bitte, Herr Präsident, mitzuteilen, wer Schriftführer ist!*)

Dr. Leitner. Aber es ist ja natürlich sehr naheliegend, wenn eine Sitzung zu einem unvorgesehenen Zeitpunkt beendet und wenige Minuten später eine neue Sitzung eröffnet wird, daß dann vielleicht nicht sofort auf die Minute die Unterlagen da sind. (*Abg. Zeillinger: Wir haben die Tagesordnung immer bekommen, Herr Präsident!*) Bitte, ich bin nicht zuständig dafür. — Hier stürmt er bereits herbei. Als erster zum Abgeordneten Zeillinger! (*Dem Abg. Zeillinger wird von einem Beamten des Hauses eine Tagesordnung überreicht.* — *Abg. Zeillinger: Ich habe nur die Einhaltung der Geschäftsordnung verlangt, Herr Präsident!*) Ich habe dem auch meine Reverenz erwiesen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht

Kapitel 13: Kunst

Kapitel 71: Bundestheater

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Spezialberichterstatter ist Frau Abgeordnete Lona Murowatz. Ich ersuche sie um den Bericht.

Spezialberichterstatterin Lona **Murowatz**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe VI.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1973 am 8. November 1972 der Vorberatung unterzogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1973 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 12.011,514.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 3.510,169.000 S und auf den Sachaufwand 8.501,345.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1972 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 818,182.000 S, das sind 30,39 Prozent, und im Sachaufwand eine solche von 1.338,873.000 S, das sind 18,69 Prozent.

Die Bundestheater sind mit 718,838.000 S präliminiert.

Die um 818,182.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor sind bedingt durch die Gehaltsautomatik im öffentlichen Dienst, durch Personalvermehrungen sowie als Auswirkung der Privatschulgesetz-Novelle. Gegenüber dem Vorjahr sind durch die weitere Bildungsexpansion zusätzliche Dienstposten notwendig geworden.

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1.338,873.000 S, und zwar von 7.162,472.000 S im Jahre 1972 auf 8.501,345.000 S für das Jahr 1973 vorgesehen. Die Steigerung beträgt 18,69 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Meine Damen und Herren! Ich darf auf den schriftlichen Bericht verweisen.

An der Debatte, die sich den Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteilig-

Lona Murowatz

ten sich die Abgeordneten Dr. Gruber, Peter, Dr. Schnell, Harwalik, Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer, Blecha, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Ofenböck, Dr. Karasek, Dr. Eduard Moser, Edith Dobesberger, Dr. Kaufmann, Luptowits und Ing. Rudolf Fischer.

Bundesminister Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 16. November 1972 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1973 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 12: „Unterricht“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), dem Kapitel 13: „Kunst“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) und dem Kapitel 71: „Bundestheater“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1973 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frau Berichterstatter weist für die Kapitel Unterricht und Kunst auf eine 22prozentige Zunahme des Budgetansatzes gegenüber 1972. Werfen wir einen Blick hinter die Zahlenkulisse: Unbezahlte Rechnungen bis in die Tafelkreide hinein. Die Zuweisungen der Tangenten an die Landesschulräte erfolgen in peinlichen Versäumnisfristen. In der Steiermark machen die unbezahlten Rechnungen allein 4,6 Millionen Schilling aus, erhielten die Arbeitslehrerinnen seit Mai ihre Reisekosten, erhielt ein Bezirk die Bildungszulage nicht vergütet. Aber viel drängender und drückender sind diese Ausfallserscheinungen an den höheren Schulen: Da droht ein E-Werk mit der Abschaltung des Stromes, dort wieder kann die Kostendeckung für die Reinigung nicht erfolgen oder der Sachaufwand nicht bestritten werden und so weiter.

Der Herr Minister hat im Finanz- und Budgetausschuß auf die Anfragen mehrerer Abgeordneter geantwortet, er werde bald Abhilfe schaffen. Ich frage den Herrn Minister: Wie weit ist seit der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses hier Abhilfe geschaffen worden?

Katastrophal sind die Kürzungen auf dem Schulbautensektor. Sie finden im Teilheft in der Beilage C zum Finanzgesetz 1972 für 1973 einen Ausweis für die Schulbauten von 1134 Millionen Schilling. Sie finden im Entwurf 1973 nun 788 Millionen, das ist eine Kürzung um 30 Prozent, wenn Sie die Geldwertverdünnung nehmen, fast um 50 Prozent. Und wenn Sie jetzt die 788 Millionen Schilling analysieren, so sind davon drei Verpflichtungen, und zwar drei vorfinanzierte Schulen in Wien und das Südstadt-Stadion abzuziehen. Bleiben 672 Millionen, das sind um 18 Millionen Schilling weniger als im Vorjahr.

Und dann wird erklärt, es gäbe keinen Baustopp. In der Steiermark allein fallen vier Schulbauprojekte diesen katastrophalen Kürzungen zum Opfer. Welche weite negative Distanz zur Regierungserklärung!

Die Erhöhung der Budgetansätze geht weitgehend auf die progressive Teuerung zurück. Meine Kollegen werden dann auf die Ansätze in den einzelnen Bereichen noch zu sprechen kommen.

Herr Minister! Daß der Lehrermangel an den Pflichtschulen noch anhält, mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf, die Pädagogischen Akademien sind ausgelastet. Aber die Antwort auf die hochnotpeinliche Befragung durch den Herrn Abgeordneten Melter muß Ihnen außerordentlich schwergefallen sein.

Ich erinnere mich: Als wir — und damals war die neue Lehrerbildung erst angelaufen — die Schülerzahl 36 in Österreich nicht in allen Klassen sicherstellen konnten, hat der Herr Bundeskanzler und damalige Oppositionsführer Dr. Kreisky uns in dramatischen Erklärungen in diesem Hause des Gesetzesbruches beschuldigt. Wir hätten über Nacht in Österreich die Schülerzahl 36 in allen Klassen sicherstellen müssen. Jetzt, Herr Bundesminister, ist es so, daß in 1099 Hauptschulklassen und in 674 Klassen an allgemeinbildenden höheren Schulen Österreichs die Schülerhöchstzahl überschritten ist.

Herr Minister! Sie haben ganz offen, aber etwas unvorsichtig gegenüber Ihrem Herrn Bundeskanzler die Ansicht vertreten — wir finden das in der „Information“, ich zitiere —: „daß es zeitweilig besser wäre, das gesetzliche 36-Schüler-Limit zu überschreiten, als Kindern die Chance zu nehmen, in die Schule aufgenommen zu werden.“

Wir waren damals die „Gesetzesbrecher“. Ich werde nicht so billig sein, Herr Minister, mit der billigen Retourkutsche zu fahren. Ich werde Sie nicht einen Gesetzesbrecher nen-

Harwalik

nen; ich begnüge mich mit der Demaskierung der Demagogie von damals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen aber sehr kritisch, Herr Minister, den Mangel an geprüften Kunst- und Musikerziehern anmerken. Dazu bin ich berechtigt. Ich habe vor zwei Jahren Vorschläge gemacht, für die Heranbildung der Musikerzieher, der Kunsterzieher nicht nur die Akademie in Wien in Aussicht zu nehmen. Diese Akademie konnte vor zwei Jahren von 200 Bewerbern nur 33 aufnehmen. Und 600 dieser Erzieher werden in den nächsten Jahren gebraucht.

Herr Minister! Was ist auf unsere Vorschläge hin in dieser Hinsicht geschehen? Hier ist radikale Abhilfe notwendig! Immer mehr Reformen mit immer weniger geprüften Lehrern, das gibt keine Proportion!

Weithin überfüllte Klassen: An den berufsbildenden höheren Schulen — ein Kardinalsatz der Regierungserklärung — wurden 5000 Schüler nicht aufgenommen, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben. Wo ist die Chancengleichheit? Wo ist die Möglichkeit, Zielchancen zu erreichen für alle diese Schüler? Die Ausweitung des von den Eltern gefürchteten Wechselunterrichtes droht.

Der Kärzlichkeit dieser Situationen steht aber die unverzeihliche Verschwendung bei den Schulbüchern entgegen. Diese Kritik, Herr Minister, wird nicht verstummen. Ich weiß nicht, ob Sie schon Gelegenheit hatten, den an Sie gerichteten offenen Brief des Obmannes des Katholischen Familienverbandes in Kärnten, Paul Steiner, heute in der „Volkszeitung“ zu lesen. Hier bestätigt ein Mann aus dem Volke dem Volksvertreter die Richtigkeit seiner Argumente. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Aktion war nicht ausgereift. Sie war nur auf parteiopportunistische Effekte abgestellt. Wir hören von den Verlagen, daß die präliminierten 600 Millionen Schilling auf 1 Milliarde Schilling anwachsen werden. Die Hybris macht sich auf allen Gebieten breit; sie wird zum unheil drohenden Zepter dieser Regierung. Die gerufenen Wegwerfgeister urgieren jetzt die Wegwerfmillionen. „Buch-Informativ“ hat meine diesbezüglichen Ausführungen im Hause so kommentiert: „Seriöser und sachlicher kann man die Gefahr der Wegwerfgesinnung und der daraus resultierenden Wegwerfgesellschaft nicht verdeutlichen.“

Aber diese Qualifikation der Sachlichkeit wird mir die SPÖ sicher nicht zubilligen. Hier könnte sich der Staat Millionen ersparen. Er müßte auch den Müll nicht mit Schulbüchern

anheizen. Die Fehlkonstruktion dieses Systems wird doch von jedem unbefangenen Beobachter sofort erkannt, wenn er beispielsweise weiß, daß eine Familie mit fünf Kindern fünfmal den „Stowasser“ beziehen kann; kostenlos. Sehr richtig meint „Buch-Informativ“, daß sich der Umverteilungsmythos, der schon das schwedische sozialdemokratische Prinzip widerlegte, nun auch in die Schulauffassungen der österreichischen Sozialisten einzuschleichen beginnt.

Ich muß Herrn Minister Dr. Sinowatz bescheinigen, daß seine ursprüngliche Idee des Schulbuchschecks bei aller Problematik der gesamten Aktion jedenfalls besser war als das komplizierte, bürokratische, subjektgebundene Gutscheinvfahren, das sogenannte „Schulbuchrezept“.

Aber der Herr Bundeskanzler erklärte, die Organisatoren der Aktion hätten die gute Idee geschädigt. So ist das nicht. Die hintergründige Konzeptlosigkeit der Initiatoren hat auch den besten Organisatoren keine Handhabe gegeben, das hereingebrochene Unheil abzuwenden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was sich bei den Verlagen, in den Buchhandlungen, in Eltern- und Lehrerkreisen wie bei den Schülern abgespielt hat, ist der Regierung wohl bekannt. Die Unruhe und die pädagogischen Ausfallerscheinungen wirken heute noch nach.

An der Grazer Bundeserziehungsanstalt hat eine Maturaklasse bis jetzt noch kein Mathematikbuch, wohl aber ein Geschichtsbuch, in dem steht, daß die ÖVP die Wahl im Jahre 1970 verloren hat, weil sie konzeptlos war. *(Rufe bei der ÖVP: Da schau her! Interessant! Eine schöne Regierung!)*

Im Zusammenhang mit dem seinerzeit von mir kritisierten Arbeitspapier des Ministeriums „Vom Lehrbuch zum Lehrheft“ habe ich auf die drohende geistige Uniformität dieser Lehrhefte hingewiesen. Diese Inflation des Schulbuches ist ein logisches Teilphänomen der gegenwärtigen Bundesregierung. Unsere Vorschläge zur Schulbuchaktion wurden einfach vom Tisch gewischt. Wer wird schon auf die Opposition hören! Eine ÖVP vor Kreiskys Angesicht ist eine verlorene Gnad'. Das ist der herrschende Regierungsstil, der die Wechselbezogenheit von Regierung und Opposition nicht kennt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die Politik ist aber kein Gnadenraum. Sie ist ein Feld der gemeinsamen Verantwortung.

Es wird wohl kaum das Schulbuch sein, das für die SPÖ zum Lehrbuch einer besser verstandenen Demokratie werden wird. Be-

Harwalik

sinnung tut not! Im Volke wächst die Erkenntnis, daß der Staat uns nichts geben kann, was er uns nicht vorher aus der Tasche genommen hat.

Um beim Thema zu bleiben: Das Wegwerfbuch hat die Ordnung an der Schule empfindlich gestört. Es ist ein pädagogisches und volkswirtschaftliches Verlustkonto. Das Dilemma erreichte vor wenigen Tagen einen neuen Höhepunkt: Die bei den Verlagen deponierten Gutscheine müssen nun bis März verlängert werden, weil die Bücher nicht ausgeliefert werden können. Würden sie nicht verlängert, müßten die Verlage die Gutscheine an das Ministerium zurücksenden. Das würde eine neue bürokratische Lawine losstreuen.

Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Dr. Schnell heute seine Rede wieder mit Angriffen auf die „kulturpleitlerische“ ÖVP füllen wird. Was seit 1945 kulturell aufgebaut und geordnet wurde, geschah unter der Verantwortung von ÖVP-Unterrichtsministern. Das kann sich ohne Überheblichkeit sehen lassen in der Welt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Szenen aus der Auseinandersetzung hier als Argumente gegen uns anzuführen, Herr Abgeordneter Dr. Schnell, ist unsachlich und billig. Die Resultierende ist das Kriterium!

Ich beziehe mich auf die Pädagogischen Akademien, die Sie das letzte Mal hier am Rednerpult angeführt haben. Ich schätze Ihr Format höher ein, Herr Abgeordneter Schnell, als daß es sich in einem vom Zaun gebrochenen schulpolitischen Streit erweisen müßte. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Aber wissen Sie, was uns auf der Linken Sorgen macht? — Sorgen macht uns beispielsweise, daß Sie in vielen schriftlichen und mündlichen Äußerungen die Ergebnisse der Schulversuche, für die wir eine ausreichende wissenschaftliche Kontrolle, die leider nicht gegeben ist, gefordert haben und für die es auch keine Beweisaufträge geben darf, vorwegnehmen. Ich werde das gleich belegen.

In einem Bericht der „Freien Lehrerstimme“ heißt es wörtlich über eine SLO-Tagung im November 1971 in Linz, auf der der Herr Abgeordnete Dr. Schnell gesprochen hat — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Die Teilnehmer der Tagung kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß vorsichtiges und auf aktualpolitische Gegebenheiten abgestimmtes Taktieren“ — und nun hören Sie! — „und revolutionäre Strategie in der Wirklichkeit der Entwicklung der Lehrerbildung eine Synthese finden müssen.“

Was machen wir nun: Reform oder Revolution? — Ich glaube, wir haben uns in der Schulreformkommission doch für den evolutionären Weg entschieden. Herr Abgeordneter Dr. Schnell! Das macht Spannungen, die unsere Schulreformpläne nicht fördern können. Reden Sie nicht mit zwei Zungen: mit einer in der Schulreformkommission und mit der anderen in Ihren Versammlungen und in den Publikationen!

Oder: Immer wieder wird das Thema der Gesamtschule mit weltanschaulichen Marken versehen. Das muß das Mißtrauen bei unseren Lehrern und in der Öffentlichkeit wecken. Ich kann das niemandem verübeln. Für uns gibt es in diesem Rahmen nur pädagogische Überlegungen und Zielsetzungen. Sie tun der Schulreform nichts Gutes, wenn Sie diese parteiideologisch belasten. Es ist meine Überzeugung, daß keine Reform gelingen kann, die sich in Gruppenkämpfen vollzieht, etwa: hie Pflichtschullehrer — hie Professoren an den höheren Schulen. Diese werden aber bei ideologischen Auflastungen etwa des Gesamtschulthemas geradezu provoziert!

Vielleicht ist es notwendig, auch einmal mit aller Deutlichkeit hier zu sagen, daß es keinen Mord am Gymnasium gibt, wie das in Professorenkreisen befürchtet wird; auch in Ihren Professorenkreisen! Das wissen Sie.

Es gibt hier köstliche Koalitionsdetails. Ich habe einige davon einmal dem Herrn Präsidenten Dr. Schnell berichtet.

Es hat sich in der Professorenschaft viel an Sorgen und Befürchtungen aufgestaut, und es ist notwendig, dazu klar Stellung zu nehmen.

Hannes Schopf hat unlängst in der „Furche“ unter der Überschrift „Schule in der Sackgasse“ diese Sorgen der Professoren verdolmetscht. Er meinte, dort befürchtet man den Teilverlust einer Existenzbasis. Gemeint ist die Verbannung aus der Mittelstufe.

Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: Es gibt keine Verbannung der Professoren aus der Mittelstufe! Worum es geht, das ist eine große pädagogische Kooperation. Diese pädagogische Kooperation ist heute bildungspolitisch geradezu das Wesenselement und die Signatur einer modernen Bildungspolitik.

Ich darf etwa an die notwendige pädagogische Kooperation zwischen Vorschulerziehung, Kindergarten und Grundschule hinweisen; oder hier auf der Mittelstufe. Dann Hochschule und postsekundäre Bildung. Ein solcher Gedanke wäre vor einigen Jahren noch ein Sakrileg gewesen! Diese Kooperation hat in Österreich durch ein Arbeitspapier der Rektorenkonferenz, das wir dankbar zur Kenntnis ge-

Harwalik

nommen haben, schon mehr als Konturen gewonnen. Um diese pädagogischen Kooperationen geht es.

Und dann heißt es in diesem Aufsatz in der „Furche“: Die Hauptschullehrer — das soll auch einmal offen ausgesprochen sein — wollten diese Kooperation auf der Mittelstufe, weil sie ihre Gehälter an die der Mittelschullehrer angleichen wollten.

Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: Ich habe als Gewerkschafter schon zum Gehaltsgesetz 1956 mitverhandelt, als ich noch nicht Abgeordneter war. Ich stehe für meine Person — und ich komme heute noch einmal darauf — zum Bauprinzip des Gehaltsgesetzes 1956, und zwar zum Berechtigungswesen. Das heißt: Für diese Laufbahn brauchst du diese Vorbildung, dieses Studium, und dafür bekommst du diese Besoldung! Auch diese Sorge muß einmal ausgeräumt werden.

Wir haben uns zur pädagogischen Kooperation gemeinsam entschlossen, und diese wollen wir jetzt unbefangen erproben. Eine Reform kann nur unter vertrauensvoller Mitwirkung aller Beteiligten gelingen. Eine große Kooperation streben wir an. Wir sollten ohne Befangenheiten an die Umsetzung neuer pädagogischer Erkenntnisse, neuer Methoden und Verfahren herangehen. Das muß unser Ziel sein.

Jetzt kommt das Wesentlichste: Nur so werden wir die notwendige breite öffentliche Bewußtseinsbildung erreichen, ohne die alles Bemühen in Frage gestellt ist. In welcher Distanz steht leider unser Bemühen in der Schulreformkommission zur Kritik der Öffentlichkeit! Das beweisen die Vorgänge an einigen höheren Schulen in Wien. „Die Presse“ berichtete darüber vor einigen Tagen unter dem Titel: „Eltern auf die Barrikaden! Einspruch an mehreren höheren Schulen gegen die Fortsetzung von Schulversuchen!“ Ich bin überzeugt, daß Sie dazu noch Stellung nehmen.

Ich habe von den überfüllten Klassen gesprochen. Der sozialistische Pädagoge Kutalek, den ich schon einmal hier zitiert habe, hat unter anderem erklärt: Zum Vorwurf könne man der SPO machen, daß sie offensichtlich aus taktischen Rücksichten — das sagt ein sozialistischer Pädagoge! — noch immer ein Leistungssystem in ihre Reformvorschläge einbaut.

Ein Wort dazu: Belasten wir die Schulreformdiskussion nicht mit der irrigen Auffassung, daß die Leistungsfrage jetzt auch schon einen weltanschaulichen Standort hätte! Aber wenn man das von Kutalek liest, so ist

das förmlich schon unter Beweis gestellt! Und in der Öffentlichkeit wächst die Meinung, die moderne, die neue Schule wolle die Leistung aus der Schultube verbannen.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen: Sicher ist ein Kind nicht vorerst ein Leistungswesen. Eine moderne Pädagogik stellt sich gegen einen enzyklopädischen Leistungsdruck in der Schule. Hier haben unsere Lehrpläne noch eine neue pädagogische Chiffre zu suchen. Auch das sage ich ganz offen.

Aber der junge Mensch muß mit der wachsenden Einsicht in seine individuellen und gesellschaftlichen Bedingtheiten erleben und verstehen, daß seine Selbstfindung und Selbstformung — zwei Ausdrücke, die der Herr Minister gerne gebraucht — sich nur in Arbeit, nur in Leistung vollziehen kann und daß diese Leistung eine soziale Funktion verpflichtend zu erfüllen hat.

Wir beraten in einem Unterausschuß unter anderem das Schulunterrichtsgesetz. Sie haben, Herr Minister, im Ausschuß den OVP-Abgeordneten über deren Antrag eine verfassungsrechtliche Überprüfung des Schulunterrichtsgesetzes zugesichert, weil die Vorlage viele Direktbezüge zu Bestimmungen einzelner Schulgesetze von 1962 hat, für die eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Herr Minister! Wie weit ist diese verfassungsrechtliche Überprüfung erfolgt?

Auf die Thematik des Schulunterrichtsgesetzes werde ich nicht näher eingehen. Ich stelle zwei Schwerpunkte heraus.

Erstens: Eine praktikable Lösung der vorgesehenen Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern ist anzustreben. Belasten wir die pädagogische Arbeit der Lehrer nicht mit Verpflichtungen in zwei Ausschüssen, wenn man die Arbeit vielleicht doch besser in einem Ausschuß leisten kann!

Zweitens: In der Frage des Normadressaten ist eine Fassung anzustreben, die der erzieherischen Vernunft entspricht und die sich nicht gegen die Verantwortung der Eltern stellt.

Zu dieser kurzen Profilierung der Probleme ein Wort noch vielleicht doch klärend hinein in die für die Öffentlichkeit vielfach verwirrende Diskussion: Wir sollten die schulpolitische Aussage über die vielbemühte Chancengleichheit besser formulieren. Alle diesbezüglichen Bemühungen sind vor allem auf die Startchancen zu richten. Um diese gleichen Startchancen geht es vorerst, und diese gewährleisten in einem vernünftigen Schulsystem auch die Erreichung optimaler Zielchancen. Nie aber kann gemeint sein, daß auf dem Wege dahin alle das gleiche lernen und

Harwalik

die gleichen Ziele erreichen können. Die sozial bedingten Fähigkeitsunterschiede haben wir auszugleichen, wie die individuellen Unterschiede der Lernfähigkeit durch Motivationen besser gefördert werden müssen.

Hier verweise ich Sie, Herr Minister, auf die drängenden Fragen der Vorschulerziehung, die über eine Anfangsdiskussion nicht hinausgekommen ist.

Ich kann nur ganz kurz auf die Probleme der Erwachsenenbildung eingehen. Es ist unmöglich, in diesem Rahmen alle Details zu besprechen. Diese Erwachsenenbildung kann heute als eine wahre Schule des Lebens bezeichnet werden. Erwachsenenbildung ist kein Alibi für freizeitliches Wohlfühlen. Wir müssen für sie nur andere Normen und Formen finden; die derzeitigen verfälschen und verzerren weithin die Aufgabenstellung.

Organisierte Erwachsenenbildung kann vom Staat hinsichtlich ihrer allgemeinen Anerkennung und ihrer besonderen Befähigungsnachweise nicht unbeantwortet bleiben. Unser pragmatisches Denken findet einfach nicht in die Vorstellung hinein, daß Erwachsenenbildung ein bedeutungsvoller gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Moderator sein kann. Erwachsenenbildung ist keine Abendromantik, sondern die Aufgabe des vielfältigen Wandlungen unterworfenen Tages. Hinsichtlich der Kompetenzen wollen wir die freie Trägerschaft der Erwachsenenbildung gesichert sehen.

Nun ein sehr ernstes Wort, Herr Minister, zur Frage der Mitwirkung der frei gewählten Personalvertretungsorgane in Ihrem Ressort. Sie haben erst in den letzten Tagen anlässlich der Bestellung des Direktors am Technologischen Gewerbemuseum, einer der wichtigsten zentralen Lehranstalten des berufsbildenden Schulwesens in Österreich, wieder durch eine rein politische Entscheidung unter Beweis gestellt, wie sich ein sozialistischer Minister über die Bestimmungen für die Personalvertretungsorgane einfach hinwegsetzt.

Trotz sachlich begründeter Einwände sämtlicher zuständiger Personalvertretungsorgane und trotz Vorliegens eines Gutachtens der beim Bundeskanzleramt eingerichteten Personalvertretungsaufsichtskommission, in welchem die Einwendungen der Personalvertretungsorgane als berechtigt anerkannt wurden, haben Sie, Herr Minister, offenbar aus rein parteipolitischen Motiven, gegen die Personalvertretungsorgane und entgegen dem auf 20 Seiten ausführlich begründeten Gutachten der unabhängigen höchstrichterlichen Kommission entschieden.

Damit haben Sie gegen unmißverständliche Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes verstoßen — ich verweise auf § 10 Abs. 8. —; Ihre Entscheidung ist ein Schlag gegen das Berufsbeamtentum. Die öffentlich Bediensteten, insbesondere die Lehrer, werden Ihre parteipolitisch ausgerichtete Personalpolitik und die Mißachtung der berechtigten Einwände der Personalvertretung schärfstens verurteilen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich frage Sie, Herr Minister, welche Gründe Sie veranlaßt haben, die Empfehlung der Personalvertretungsaufsichtskommission, die Auswahl nach objektiv meßbaren Kriterien zu treffen, im Falle der Bestellung des Direktors am Technologischen Gewerbemuseum zu mißachten. Ich frage Sie weiter, ob Sie sich auch in Zukunft sachlich begründeten Anträgen Ihrer Personalvertretungsorgane entgegenstellen werden. (*Abg. Suppan: Parteibuch muß man das richtige haben! — Abg. Haas: Bitte den eigenen Redner nicht zu stören!*)

Und nun zu einem zentralen Anliegen aller Lehrergruppen in Österreich. Ein Unterrichtsminister muß zu seinen Lehrern, zu ihrer gerechten Wertung im Staate stehen und damit ihr Ansehen schützen und fördern. Dazu rufe ich Herrn Bundesminister Dr. Sinowatz heute auf. Nicht, daß er diese selbstverständliche Pflicht der pädagogischen Anwaltschaft im Grundsätzlichen mißachtet hätte. Der Vorwurf wäre unberechtigt. Daß dieser Vorwurf unberechtigt bleibt, Herr Minister, dafür haben Sie in nächster Zeit alle Anstrengungen in Ihrer Partei zu unternehmen!

Ich vermeide jede Dramatik, wenn ich sage, daß die Lehrerschaft aller Schultypen in Österreich einer schweren Diskriminierung ausgesetzt bleibt, wenn nicht bald im Rahmen der besoldungsrechtlichen Harmonisierung des öffentlichen Dienstes jene Relationskorrekturen vorgenommen werden, die die vier Lehrergruppen und die Schulaufsicht vor Verabschiedung der 24. GG-Novelle beim Präsidium ihrer zuständigen Gewerkschaft angemeldet haben. Die Gewerkschaft hat die Zusicherung der Aufnahme von Verhandlungen gegeben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen meiner drei Anträge vom 9. Juli 1970 auf Erhöhung der Anfangs- und Mittelbezüge der Professoren an höheren Schulen.

In gewerkschaftlicher Solidarität haben wir der Verabschiedung der 24. GG-Novelle zugestimmt. Wir sind der Überzeugung — ohne Einschränkung —, daß die Verwaltung diese eingerichtete Verwaltungsdienstzulage verdient hat. Aber ihre Motivationen gelten auch für alle vier Lehrergruppen, etwa hinsichtlich der hypertrophen Zunahme der administra-

Harwalik

tiven Arbeiten im Schulbetrieb. Ich erkläre ausdrücklich: Es geht um kein Schillingprestige! Es geht, Herr Minister, um die gerechte Wertung der Lehrerschaft auch in ihrer Besoldung. Und weil für diese ein Unterrichtsminister hohe Mitverantwortung besitzt, richte ich heute diesen Appell an Sie, so wie der Kollege Regensburger und ich an Sie wie an den Herrn Finanzminister die gegenständliche Anfrage bereits gestellt und eingebracht haben.

Als seinerzeit Herr Minister Dr. Drimmel die Schulgesetzgebung verabschieden konnte, hat er wörtlich erklärt:

„Ich werde den Lehrern nicht neue Belastungen bringen, ohne mich nicht auch für ein neues, modernes Dienst- und Besoldungsrecht verantwortlich zu fühlen.“ — Die Lehrer waren damals auch die ersten öffentlich Bediensteten, die ein neues Dienstrecht erhalten haben.

Wie sieht das heute aus? — Eine Arbeitslehrerin bezieht in der Eingangsstufe um 154 S weniger als ein C-Beamter in der Eingangsstufe. Ein Volksschullehrer, der nach der Matura ein Studium von vier Semestern zu absolvieren hat, bezieht in der Eingangsstufe um 284 S weniger als ein Maturant in der Verwaltung. — Wozu hinausgehen in die Einschichtschule? Da bleibe ich als Maturant eben in der Bezirksmetropole und verdiene mehr. — Ein Professor an höheren Schulen — hören und staunen Sie — bezieht in der Eingangsstufe um 537 S weniger als ein A-Beamter in der ersten Position seiner Verwendungsgruppe.

Nur keine Ausflucht der Regierung mit Hinweis auf eine berufsspezifische Zulage! Die Verwaltungsdienstzulage darf nicht zu einem Umgehungsmanöver des Besoldungsrechtes der Lehrer mißbraucht werden. Das strukturierende Prinzip des Gehaltsgesetzes 1956 bildeten die vergleichskritischen Ansätze der einzelnen Verwendungsgruppen, und zwar ausgedrückt in fiktiven Lebensverdienstsummen. Die Konstruktion des Gehaltsgesetzes 1956 ist so gut wie vernichtet!

Herr Minister! Stellen Sie sich vor die Lehrerschaft und die Schulaufsicht! Lassen Sie die Abwertung der Lehrerschaft nicht zu, nachdem diese seit 1945 von Hurdes bis Mock in Ausbildung und Besoldung eine aufsteigende Linie zu verzeichnen hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zeigen Sie sich besorgt, Herr Minister, um die Wertung von Schule und Lehrerschaft. Welche kulturpolitische Großtat war nicht die einheitliche Besoldung der Pflichtschullehrer nach ihrem neuen Ausbildungsstatus in der Regierung Klaus mit dem Finanzminister Dok-

tor Koren; ein säkulares Werk wie die Schulgesetzgebung 1962 selbst.

Sie, Herr Bundesminister, wollen Ihren Namen sicher nicht verbinden mit einer Abstiegssära der österreichischen Lehrerschaft. Zeigen Sie in Ihrer Regierung die Unhaltbarkeit und die Unzumutbarkeit dieser Situation auf! So muß der Lehrberuf für unsere Jugend jede Attraktivität verlieren.

Aber das Allerwichtigste, Herr Minister: Eine diskriminierte Lehrerschaft ist keine ambitionierte Lehrerschaft. Wir haben große pädagogische Vorhaben. Ich kann und werde in meinen Funktionen als Parlamentarier, als Bundesfachgruppenobmann der Pflichtschullehrer im ÖAAB, als Erster Vorsitzender einer gewerkschaftlichen Landesektion der Lehrerschaft nichts zumuten, wo sich die Regierung gegenüber der Lehrerschaft versagt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das gilt für alle Lehrergruppen. Die Enttäuschung in der gesamten Lehrerschaft ist groß, auch bei den sozialistischen Lehrern und Professoren. Das wissen Sie, Herr Minister und meine Damen und Herren Abgeordneten von der linken Seite, ebenfalls sehr genau, auch der Herr Bundeskanzler.

In allen Schulbezirken Österreichs finden zurzeit Informationskonferenzen der Lehrerschaft statt. Information ist hier als eine Form disziplinierter Demonstration zu verstehen. Man überhöre das nicht! Es geht um das Prestige der Pädagogen in Österreich, die sicher auch zu den ersten Kulturträgern dieses Landes gehören!

Die ÖVP hat das immer gewußt und auch danach gehandelt. Jetzt liegt es an der SPÖ-Alleinregierung, die Lehrerschaft nicht in ein Wertungstief zu führen, das in einem Rechts- und Kulturstaat keine Regierung und keine Gewerkschaft verschulden darf.

Meine Rede fand heute nirgendwo einen Anlaß, sich über die Schul- und Kulturpolitik der Regierung freuen zu können. Die ÖVP wird diesem Budgetkapitel ihre Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich heute mit dem Kapitel Unterricht und Kunst unter den Aspekten des Lehrermangels, der Erwachsenenbildung, der Frage der Haltungsschäden und des Sports sowie einiger Detailpunkte befassen. Die Schulbücher werde ich meinem Kollegen Zeillinger überlassen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ja, seine Kinder brauchen noch immer welche.

Dipl.-Ing. Hanreich

Die Situation bei den Lehrkräften hat der Herr Kollege Harwalik schon in ihrer Dringlichkeit dargestellt, und es hat ihm sichtlich gut getan, daß die kleine Opposition in der Person meines Kollegen Melter einen aktiven Abgeordneten hat, auf dessen Anfrageergebnisse man sich stützen kann. Die Ergebnisse dieser Anfrage sind auch so, daß es wert ist, sie in den Vordergrund zu stellen. Sie zeigen mit dramatischer Deutlichkeit, wie schlecht die Situation in unseren Schulen im Augenblick ist.

Wenn von den Hauptschulen Vorarlbergs 21,9 Prozent ohne sämtliche der vorgesehenen Pflichtgegenstände sind, weil davon einer zumindest nicht gelehrt werden kann, so ist das doch eine sehr bedenkliche und sehr betrübliche Situation für unser Schulwesen.

Die Maßnahmen, die gesetzt werden und die zu einer Überlastung der Lehrer dadurch führen, daß man versucht, sie zu Mehrstunden zu verpflichten, können doch auch nicht im Sinne einer optimalen Ausbildung unserer Jugend sein. Es muß der Regierung der Vorwurf gemacht werden, hier nicht alle Möglichkeiten auszunutzen, um dieser unglücklichen Situation entgegenzuwirken.

Wenn Sie, Herr Minister, in Ihrer Antwort an meinen Fraktionskollegen Melter schreiben, daß in den Bundesländern Burgenland, Salzburg und Wien wohl sämtliche Pflichtgegenstände unterrichtet werden, „allerdings zum Teil unter Kürzung der jeweils im Lehrplan vorgeschriebenen Stundenzahl“, dann ist das auch für die allgemeinbildenden höheren Schulen eine sehr bedauerliche Situation. Denn bei der Fülle des Wissens, die heute übermittelt werden muß und die doch immer wieder Anlaß dazu gibt, über die Frage der Ausweitung der Lehrpläne und über die Frage der Säuberung der Lehrpläne zu diskutieren, ist in den einzelnen Fächern ja ohnehin ein Minimum an Stunden vorgesehen. Es ist daher umso schlimmer, wenn nicht einmal dieses Minimum erfüllt werden kann.

Ich bin mir schon bewußt, Herr Minister, daß es nicht ausschließlich Ihr Versäumnis ist, aber ich muß doch an Sie mit allem Nachdruck appellieren, hier alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen und die organisatorischen Möglichkeiten voll auszunutzen.

Sie haben in dieser Anfragebeantwortung auch angedeutet, daß durch Blockung von Unterrichtsstunden in den lehrermäßig unzureichend versorgten Gegenständen der Versuch unternommen wird, die gebotenen Mindestanforderungen zu erfüllen. Aber trotzdem glaube ich, daß mit der Hoffnung allein, daß

sich die Situation bessern werde, das Auslangen im Moment nicht gefunden werden kann.

Sie führen in dieser Anfragebeantwortung auch aus, daß an 1099 Hauptschulklassen Österreichs die Höchstschülerzahl von 36 überschritten worden ist. Das sind immerhin fast 10 Prozent der Hauptschulklassen. Auch darin zeigt sich, daß die einmal beschlossene Bestimmung nicht erfüllt werden kann, die Schülerhöchstzahl einzuhalten, um dadurch den Schülern eine günstige Ausbildung zu sichern.

Bedeutet das nicht, daß in Wirklichkeit die Leistung und damit die Qualität im Schulwesen sinkt? Bedeutet das nicht, daß die Leistung schon zurückgetreten ist, daß der Abgeordnete Harwalik mit seiner Überlegung recht hat, daß der Zustand, der jetzt an unseren Schulen herrscht, bereits ein Absinken der Leistung zur Folge haben muß?

Da frage ich mich doch, ob das der richtige Weg ist. Da frage ich mich doch, ob man mit dem Streben, ein gleiches Bildungsangebot für alle zu unterbreiten, nicht in der augenblicklichen Situation über das mögliche Maß hinausgegangen ist. Ob sich da die Regierung nicht zuviel zugemutet hat, zuviel Versprechungen gemacht hat? Die Regierung hat wie eine Firma gehandelt, die für eine Ware wirbt, sie zum Verkauf anbietet und dann feststellen muß, daß sie in ihrer Produktionsplanung verabsäumt hat, auch alle Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, damit die Ware ausgeliefert werden kann.

Man sollte die Konsequenzen, die sich aus diesem Absinken der Leistung ergeben, doch genau überlegen und prüfen, Herr Minister, ob man nicht der Leistung in den Schulen wieder mehr Gewicht einräumen muß, um die Qualität unseres Ausbildungswesens auf dem Stand zu halten, den die Zukunft von uns fordert. Man sollte sich überlegen, ob man nicht verstärkt auf den zweiten Bildungsweg ausweichen sollte, ob man nicht dort, wo man jetzt ein unqualifiziertes Angebot an Unterricht repräsentiert, zu besseren Bedingungen den Begabteren mehr und angemessenere Möglichkeiten bieten sollte.

Ich möchte hier mit Nachdruck unterstreichen, daß uns an einer Chancengleichheit im Bereich der Bildung sehr gelegen ist, daß diese Chancengleichheit aber nie dazu benutzt werden darf, allen mehr Möglichkeiten zuungunsten der Bildungsfähigeren, der intelligenteren Schüler einzuräumen und damit die Qualität unseres Nachwuchses zu vermindern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dipl.-Ing. Hanreich

Zu Beginn des heurigen Schuljahres mußten in den berufsbildenden Schulen 5000 Schüler abgewiesen werden, und für das Schuljahr 1973/74 erwarten die Schulexperten noch größere Schwierigkeiten.

Wenn ich den Bericht des „Informationsdienstes für Bildungspolitik und Forschung“ lese, dann frage ich mich, welche Maßnahmen das Bundesministerium treffen wird und ob die in dem Hilfsplan angeführten Mittel, um diesem Problem Herr zu werden, wirklich zu einem Ergebnis führen werden. Das vor allem dann, wenn ich die Situation betrachte, die sich im Budget bei der Bautätigkeit widerspiegelt. Aber darauf möchte ich an einem niederösterreichischen Beispiel noch im weiteren Verlauf meiner Rede zurückkommen.

Die von der „Presse“ am 31. 10. 1972 unter dem Titel „Die Schulen platzen aus den Nähten“ veröffentlichten Ausführungen verweisen darauf, daß sich in den Mittelschulen durch den starken Zustrom die Gefahr abzeichnet, daß wieder zum Wechselunterricht übergegangen werden muß. Damit werden für die Schüler ungünstige Bedingungen geschaffen, die auch eine Beeinträchtigung der Weiterbildung der Schüler darstellen und die für die Schüler ein Mehr an Belastung bedeuten und die Schüler zwingen, zu ungünstigeren Zeiten ihren Unterricht zu erhalten.

Es stimmt doch nicht, daß die Tageszeiten für den Unterricht ohne Bedeutung sind. Jeder Mediziner wird bestätigen, daß in der Zeit nach dem Mittagessen die Aufmerksamkeit sinkt und es schwierig ist, die gerade für den Unterricht notwendige Konzentration aufzubringen. Das zeigt sich ja auch hier im Parlament. Daher ist eine solche Maßnahme, die die Schüler zur Aufnahme von Fachwissen zu ungünstigen Zeiten zwingt, auch eine Verschlechterung, der man so weit als möglich entgegenwirken sollte.

Daß der Lehrermangel in allen Bereichen des Schulwesens zu der Situation führt, wie hier in „Oberösterreich aktuell“ in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ berichtet wird, daß das Anstellungserfordernis nicht mehr von allen Professoren erbracht wird, ist auch sehr bedauerlich. Hier möchte ich doch gerne wissen, Herr Minister, welche Anregungen, welche Anreize das Ministerium setzt, um jene Lehrer zur Ablegung einer Lehramtsprüfung zu motivieren, die bisher ohne ausreichenden Befähigungsnachweis unterrichten. Es ist doch erschreckend, wenn man hier liest, daß in Oberösterreich nur 15 von 430 ausgewiesenen Lehrerstellen an Mittelschulen mit geprüften Lehrern besetzt werden konnten!

Im Zusammenhang mit dem Lehrermangel ergibt sich auch die Frage, wieweit nun in Österreich die Anwendung von audiovisuellen Hilfsmitteln gediehen ist, die eine gewisse Entlastung der Lehrerschaft ermöglichen.

Ich entnehme hier einer Reportage der „Kronen Zeitung“ über den „vollautomatischen Lehrer“, die am Sonntag, den 19. November 1972, erschienen ist, daß aus persönlicher Initiative heraus der Direktor Harald Goday den Versuch unternommen hat, durch Tonbandunterricht die Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, zu verbessern und seinen Schülern durch den Einsatz dieses zeitgemäßen Hilfsmittels bessere Möglichkeiten für ihre Weiterbildung zu bieten.

Von einer begeisterten Reaktion des Ministeriums lese ich hier wenig, wenn nicht gar nichts, und ich frage da doch: Herr Minister, wie stehen Sie zu diesen persönlichen Initiativen der Lehrer, die sicher nicht nur in dem einen Fall, sondern auch in anderen Fällen sich bemerkbar machen? Welche Förderungsmaßnahmen lassen Sie solchen Initiativen angedeihen? Wie nützen Sie die Leistungsbereitschaft, die von unseren Lehrern kommt und die in ihrer Dynamik über das hinausgeht, was das Ministerium selbst zustande bringt?

Wie weit, Herr Minister, sind Sie auch mit der Überprüfung der audiovisuellen Lehrhilfen, von denen ich in der „Süddeutschen Zeitung“ lese, daß sie im bayerischen Raum einer sehr systematischen Prüfung unterzogen werden? Es schreibt in diesem Artikel der Leiter der zentralen Erprobung audiovisueller Medien im Unterricht am Münchner Dante-Gymnasium, Erhard Bergmann, daß die Frage, wie und in welchem Umfang diese Hilfsmittel eingesetzt werden sollen, brennend geworden ist und daß die Test- und Prüfarbeit im Münchner Dante-Gymnasium Erfahrungen gebracht hat, die einer Verwertung harren.

Wie sieht es denn mit der Nutzung einschlägiger ausländischer Erfahrungen für die Anwendung bei uns aus? Ist es hier wie in vielen anderen Bereichen, daß wir immer die Erfindungen und Untersuchungen, die die anderen unter wissenschaftlichen Bedingungen gemacht haben, erst selbst durchführen müssen, ehe wir aktiv werden?

Es ist sehr begrüßenswert, daß der Ausbildung von Erwachsenen ein verstärktes Augenmerk geschenkt wird. Ich lese hier mit großem Interesse in der „Kronen Zeitung“ vom 9. 11., daß Sie, Herr Minister Sinowatz, ein „Institut für politische Bildung“ angekündigt haben. Ich hoffe, daß von diesem Institut echte Anregungen ausgehen werden,

Dipl.-Ing. Hanreich

um das Demokratieverständnis bei uns in Österreich stärker zu verwurzeln und zu vertiefen. Ich möchte hier meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß ein solches Institut nicht einseitig in ein parteipolitisches Fahrwasser kommt und daß der Vielfalt der Meinungen zum Thema „Demokratie und Politikverständnis“ ausreichend Raum gegeben wird.

Besonders positiv erscheint es mir in der Erwachsenenbildung, daß nun die für die Wirtschaft so wichtige Management-Ausbildung eine Dachorganisation bekommen hat. Dadurch ist die Zersplitterung, die bisher bei der Management-Ausbildung anzutreffen war, durch eine Koordinationsstelle beseitigt. Es ist sehr zu begrüßen, daß nun der Überblick über das Angebot an Bildungsmöglichkeiten für Manager leichter wird. Durch diese Arbeitsgemeinschaft österreichischer Management-Institutionen soll dazu eine Informationsstelle für die Ausbildungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Damit wird ein lange vorhandener Fehler beseitigt, und ich glaube, daß gerade für unsere Wirtschaft diese Entwicklung sehr positiv sein wird.

Da die Frage der Bildungsfreistellung bisher noch nicht von der Tagesordnung der sozialpolitischen Diskussion gestrichen wurde und sicher auch nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden wird, würde mich interessieren, wie Sie, Herr Minister, der Bildungsfreistellung, die ja in Zukunft auf uns zukommen wird, gegenüberstehen. Welche vorsorgende Aktionen haben Sie bisher getroffen? Bestehen Untersuchungen, die die Möglichkeit prüfen, die Bildungsfreistellung auch für weitere Kreise in ferner Zukunft so zu gestalten, daß sie im Sinne der permanenten Erziehung und Weiterbildung für unsere gesamte Wirtschaft erfolgreich eingesetzt werden kann?

Ich möchte mich nun der Vermessungsaktion an Schulkindern zuwenden. Erfreulicherweise wurde im Laufe der letzten Zeit eine Vermessung von rund 9000 Schulkindern durchgeführt, und diese hat zu sehr interessanten Ergebnissen geführt.

Das bemerkenswerteste Ergebnis dürfte wohl das sein, daß unsere Jugend in einem bisher nicht vermuteten Ausmaß an Haltungsschäden leidet und daß der Gesundheitszustand im ganzen, vor allem aber was die Haltungsschäden anlangt, keineswegs so ist, daß er zu optimistischen Prognosen Anlaß gibt. Im Gegenteil, ich denke mit Schrecken daran, wie die Ziffern, die ich Ihnen noch nennen werde, sich in den nächsten 20, 30, 40 Jahren auf unsere Krankenkassen auswirken werden. Wir werden dann mit teuren Kuren und Medikamenten die Schäden be-

seitigen müssen, die unsere Schüler heute in den Schulen erleiden. Mit großem Aufwand an Volksvermögen werden wir vorzeitige Pensionierungen aus Gesundheitsgründen zu finanzieren haben.

Hier ist besonders darauf hinzuweisen, daß jede Aktion, die zu einer vermehrten sportlichen Betätigung führt, aus diesem Gesichtspunkt begrüßt werden muß.

Aber noch einmal zurück zu den Schädigungen. Man hatte ja schon vorher vermutet, daß ein bestimmter Prozentsatz an Haltungsschäden innerhalb der Jugend aufgetreten ist. Man hat angenommen — und das steht noch in einem „ibf“-Bericht vom 15. 3. 1971 —, daß etwa 70 Prozent aller Maturanten die Schule mit Fußschäden und 30 bis 40 Prozent mit Haltungsschäden verlassen. Man hat auch geschätzt, daß rund 30 Prozent mit vegetativen nervösen Störungen und 5 Prozent mit organischen oder funktionellen Herzstörungen belastet sind.

Diese Zahlen sind durch die Ergebnisse der Vermessung Lügen gestraft worden. In einem Bericht vom 13. 11. 1972 gibt der „ibf“ bekannt, daß auf Grund dieser Messungen schon bei den sechsjährigen Buben fast jeder fünfte, also 18 Prozent, einen Rundrücken hat und sich nur 65 Prozent einer normalen Haltung, also eines normalen Rückens in medizinischem Sinn erfreuen. Ähnlich ist es bei den Mädchen. Wie weiters festgestellt wird, verschlechtern sich aber diese Zahlen in weiterer Folge dann noch und sinkt bis zum 18. Lebensjahr bei den Burschen der Anteil der gesunden Rückenformen auf 33 Prozent ab. Das heißt also, daß die krankhaften Formen bei weitem überwiegen! Das ist doch eine Erkenntnis, die zu raschesten Maßnahmen anregen muß, es ist das ein Alarmschrei, der gehört werden muß und zu schnellen Reaktionen führen sollte.

Ich weiß, es ist jetzt eine Enquete veranstaltet worden, eine zweite ist in Aussicht, die möglichst rasch dazu führen soll, daß die Erkenntnisse aus diesen Vermessungen in sechs Möbeltypen umgesetzt werden. Damit soll sichergestellt werden, daß diese Möbeltypen dann auch rasch in den Schulbetrieb kommen und die Voraussetzungen geschaffen werden, um dieser katastrophalen gesundheitlichen Situation entgegenzuwirken.

Ich glaube aber, daß es eine ganze Reihe von rascher zu ergreifenden Maßnahmen gibt. In unserer Situation müßte man sich doch fragen, ob man nicht durch mehr Sport in den Schulen einen ersten Anstoß geben sollte, diesen Haltungsschäden entgegenzuwirken. Die Ergebnisse des Sport-Realgymnasiums

Dipl.-Ing. Hanreich

haben doch gezeigt, daß die Schüler ohne Beeinträchtigung der Lernerfolge bis zu vier zusätzliche Turnstunden pro Woche verkraften könnten. Daraus kann mit Fug und Recht geschlossen werden, daß ein verstärkter Einsatz von Turnstunden, möglichst sofort, eine Maßnahme ist, die man ohne Beeinträchtigung der Schulleistung treffen kann und die zu einer wesentlichen Verbesserung der gesundheitlichen Situation beitragen könnte.

Ich muß hier, auch auf die Gefahr hin, noch einmal mißverstanden zu werden, sagen, daß auch die Schülerfreifahrten einen Beitrag zur Verschlechterung der gesundheitlichen Situation gebracht haben. Ich habe im vorigen Jahr in meiner Rede zum Kapitel Unterricht und Kunst darauf hingewiesen, bin aber mit dieser Forderung nicht verstanden worden, nämlich, daß man doch eher Lösungen schaffen sollte, die den Schülern die Möglichkeit geben, mit dem Fahrrad unter persönlicher Bewegung und auf getrennten Radwegen ungestört und ungefährdet in die Schule zu kommen. Das wäre besser, als auf kurze Strecken von drei Kilometern, die ohne gesundheitlichen Schaden mit Sicherheit auch zu Fuß bewältigt werden könnten, Autobusse einzusetzen, die dadurch, daß sie überbesetzt sind, eine Gefährdung der Schüler darstellen. Es kann niemand behaupten, daß in den ländlichen Gegenden im besonderen ein Fußmarsch von drei Kilometern eine gesundheitliche Gefährdung der Schüler darstellt, die mit 70 Prozent Haltungsschäden nach der Matura die Schule verlassen.

Hier ist ein Weg beschritten worden, der der Verbesserung der Gesundheitssituation für unsere Kinder eindeutig widerspricht und der daher unserer freiheitlichen Meinung nach modifiziert werden muß. Es müssen die Fehler, die in dieser Form noch bestehen, beseitigt werden, und man muß Anregungen geben, den Schülern das Mit-dem-Rad-in-die-Schule-Fahren attraktiver zu machen. Man muß also von Ihrem Ministerium her an die zuständigen Kollegen Anregungen geben, daß die Schüler die Möglichkeit finden, auf gesicherten Radwegen die Schule zu erreichen.

Ich möchte nun noch zu einigen kleineren Punkten Stellung nehmen und hier die Frage stellen, wieweit es Ihnen, Herr Minister, möglich war, meiner Anregung, die Sie ja im vorigen Jahr mit Kopfnicken begrüßt haben, Folge zu leisten, was Sie unternommen haben, um das Kunsthandwerk zu fördern.

Ich habe schon beim Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie darauf hingewiesen, daß dort im Arbeitsbehelf erfreulicherweise auch

eine Förderung des Kunsthandwerkes in Aussicht gestellt ist. Ich möchte nun von Ihnen wissen, welche Maßnahmen Sie gesetzt haben. Ich hoffe, daß gerade von Ihrer Seite auch auf das Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingewirkt wird, daß man sich bei der Förderung des Kunsthandwerkes dem schöpferischen Kunsthandwerk zuwendet und daß man es nicht bei einer Förderung von Kitschprodukten im Sinne einer verbesserten Souvenirproduktion bewenden läßt, denn das wäre nach meiner Meinung völlig verfehlt. Ich möchte Ihnen daher neuerlich das schöpferische Kunsthandwerk in Österreich ans Herz legen.

Nun will ich noch die Kürzungen beim Schulbau beleuchten, die einige niederösterreichische Schulen betroffen haben, unter anderem die Bundeshandelsakademie und die Höhere Bundeslehranstalt in St. Pölten, die von 35 Millionen auf 25 Millionen Schilling gekürzt wurde.

An diesem Beispiel läßt sich deutlich zeigen, daß die Maßnahmen, die gesetzt werden, nicht optimal sind. Diese Schule steht noch nahezu vor der Fertigstellung. Bei einer Fahrt durch St. Pölten ist es mir so erschienen, als ob bis zum Bezug dieser Schule nicht mehr viel Zeit vergehen müßte.

Warum, so frage ich, Herr Minister, werden Schulbauten, die nahe vor der Fertigstellung sind, bei der Dotierung gekürzt und dadurch die Fertigstellung weiter verzögert? Es wäre doch sinnvoller, manche Projekte nicht zu beginnen oder erst angelaufene Projekte, die im Anfangsstadium stehen, langsamer in Produktion zu nehmen, als die Fertigstellung fast fertiger Gebäude noch weiter hinauszuzögern. Hier wird doch ein schon investiertes Kapital der Nutzung vorenthalten. Daraus entstehen der Volkswirtschaft Zinsenverluste, ganz abgesehen von der negativen Auswirkung, daß längere Zeit weniger Schulraum zur Verfügung steht.

Auch die Kürzungen bei der Pädagogischen Akademie in Baden von 30 Millionen auf 15 Millionen Schilling dürften ähnlichen Charakter haben, während ich glaube, daß die Kürzung beim musisch-pädagogischen Realgymnasium in Mistelbach von 15 Millionen auf eine Million Schilling ein noch projektiertes Gebäude trifft, da wird wohl die Projektierung weiterschreiten können. Es ist mir klar, daß auch der Ruf nach diesem Bundesrealgymnasium lautstark und mit Recht erhoben wird — für Mistelbach ist diese Schule von Bedeutung, daran kann kein Zweifel sein —, es sollten aber im Sinne eines

Dipl.-Ing. Hanreich

raschen Nutzbarmachen der schon getätigten Investitionen doch die weit gediehenen Gebäude möglichst schnell fertiggestellt werden.

Ich möchte Sie, Herr Minister, daher darauf hinweisen, daß den gezielten Aktionen zum raschen Abschluß von halbfertigen Schulgebäuden größte Bedeutung zukommt; dem sollte meiner Meinung nach besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Ich möchte Sie ersuchen, den persönlichen Initiativen aus der Lehrerschaft zur Verbesserung des Wirkungsgrades in der Schule größtmögliche Förderung angedeihen zu lassen, damit wir unseren stärksten Wachstumsfaktor in einer zukünftigen Wirtschaft auch wirklich nutzen: die Bildungsfähigkeit unserer Menschen, die Bildungsfähigkeit unserer Jugend, die für unsere Zukunft die Hoffnung darstellt und für die die beste Investition zweifellos eine gezielte und exakt geplante Investition im Unterrichtsbereich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Als nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Schnell zu Wort gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man die Budgetdebatten zu dem Kapitel Unterricht in den letzten Jahren verfolgt, sieht man, daß häufig der Begriff der Bildungsexplosion, wie er von dem französischen Kulturpolitiker Louis Cros geprägt wurde, als Beispiel dargestellt wurde, um daran auch die für Österreich enorme Bildungsexpansion zu zeigen.

Auch ich möchte heute von diesem Gedankengang ausgehen, und zwar möchte ich zwei Gedanken, die Louis Cros in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt, herausgreifen, nämlich den Gedanken, daß der Mensch in den modernen Industriestaaten in zunehmendem Maße gebildet sein muß, um leben zu können, und daß der „Schlüssel zum materiellen Wohlstand“ heute das „geistige Rüstzeug der Menschen“ ist. „Die Basis dieses geistigen Rüstzeuges ist und bleibt die Schule.“

An einer anderen Stelle kommt Louis Cros auf ein Phänomen zu sprechen, von dem ich glaube, daß es auch für die österreichische Schulpolitik nicht uninteressant ist. Er zeigt nämlich den Widerspruch und den Gegensatz auf, der in den Schulsystemen und in der Schulpolitik der hochindustrialisierten Staaten einerseits und in der Mentalität und in dem Unbehagen der Bevölkerung über die Bildung auf der anderen Seite zum Ausdruck kommt. Er sagt, daß in wenigen Jahren die Schülerstände, die Zahl der Lehrer und das Volumen des Kulturbudgets in einem gewaltigen Aus-

maß zunehmen, während andererseits die öffentliche Meinung mit den Maßnahmen der Schulpolitik auf dem gesamten Bildungssektor unzufrieden ist. Man klagt über überfüllte Klassen und über den schlechten Bauzustand alter Schulgebäude.

Wenn man diese Ausführungen auf die gegenwärtige österreichische Bildungssituation überträgt, so glaube ich, daß wir von zwei Tatsachen ausgehen müssen.

Wir beobachten erstens ein gewaltiges Ansteigen der Zahl der Schüler in den weiterführenden Schulen, vor allem in den allgemeinbildenden und in den berufsbildenden höheren Schulen, während die Schülerzahl an den Volksschulen und an den Polytechnischen Lehrgängen bereits zurückgeht; nur die Zahl der Schüler an den Hauptschulen steigt noch an. Dazu muß man allerdings noch in Betracht ziehen, daß es in Österreich erst seit dem Schulgesetzwerk 1962 eine Hauptschulpflicht gibt und daß bis zum Jahre 1962 im Rahmen der Bestrebungen der Landschulreform der Zugang aller Kinder zu den Hauptschulen — ich komme darauf noch in einer politischen Replik zu sprechen — nicht gegeben war.

Ich möchte dies an dem Beispiel der allgemeinbildenden höheren Schulen zum Ausdruck bringen. Wenn man die beiden Jahrzehnte von der Mitte der fünfziger Jahre bis zur Mitte der sechziger Jahre und von der Mitte der sechziger Jahre bis zur Mitte der siebziger Jahre vergleicht, so muß man feststellen, daß im Jahr 1954/1955 etwa 68.000 Schüler die allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besuchten, daß zehn Jahre später eine Zunahme von nur 7 Prozent der Schüler — auf 72.000 Schüler — eingetreten ist, während aber in dem Jahrzehnt von 1964/1965 bis zur Gegenwart eine Verdopplung der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden höheren Schulen eintritt. Das heißt, daß gerade in dem Jahrzehnt 1964/1965 bis 1974/1975, einem Jahr, in dem wir bereits mit mehr als 150.000 Schülern an den allgemeinbildenden höheren Schulen rechnen, eine Verdopplung der Schüler zu ersehen ist. Ähnlich verläuft die Entwicklung an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Wir haben im Vorjahr, sehr geehrter Herr Abgeordneter Harwalik, eine Auseinandersetzung über diese Entwicklung gehabt, und zwar eine Auseinandersetzung darüber, daß ich damals festgestellt habe, daß die Österreichische Volkspartei in ihrer Schulpolitik lange hindurch nicht nur den Eindruck erweckt hat, sondern auch in der Realität diese Bildungsexpansion nicht richtig gesehen hat,

Dr. Schnell

vor allem diese Bildungsexpansion nicht richtig gesehen hat im Vergleich zu der materiellen Entwicklung. Ich erinnere Sie an die Kritik, die vorgebracht wurde zum OECD-Bericht, der ja unter Minister Piffl ausgearbeitet wurde.

Hier haben sich unsere Auffassungen sehr stark unterschieden. Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß wir diese gesamte soziale und bildungsmäßige Entwicklung in Österreich begrüßen, weil sich in dieser Entwicklung die Bereitschaft breiter Schichten der österreichischen Bevölkerung dokumentiert, unseren Kindern eine qualitativ höhere Bildung angedeihen zu lassen, die ihrerseits wieder die Voraussetzung für eine bessere Bewältigung des Lebens des einzelnen, aber auch für die Hebung des materiellen Wohlstandes unserer Gesellschaft ist.

Aus diesem Grund haben wir diese Entwicklung unterstützt. Sowohl aus der individuellen Überzeugung heraus, daß das Glück des einzelnen Kindes in seinem Bildungserwerb liegt, und aus der Überzeugung, daß auch die Hebung der breiten Bildung des gesamten Volkes ein Anliegen der hochindustrialisierten Gesellschaft ist und wir die Aufgabe haben, die Bildungsschranken, die bestehen, nach Möglichkeit zu mildern und in diese Bildungsexplosion tatsächlich alle Schüler mit einzubeziehen.

Wir waren uns von vornherein klar darüber, daß damit beträchtliche organisatorische und finanzielle Probleme auf uns zukommen und daß diese Bildungsexplosion eine echte Herausforderung für die Schulverwaltung, darüber hinaus aber auch für die gesamte österreichische Gesellschaft, für den Staat und für die Länder darstellt. Aber wir haben auch immer wieder betont, daß wir uns selbst unter diesem Aspekt nicht dazu verleiten lassen dürfen, restriktive Maßnahmen zu ergreifen, um diese Entwicklung einzudämmen.

Wir hofften, sehr geehrter Herr Abgeordneter Harwalik, daß gerade mit der Diskussion in der Schulreformkommission, etwa über die Abschaffung der Aufnahmeprüfung, es tatsächlich zu einer Abschaffung kommen wird, nicht nur zu einer Sistierung. Sie wissen, daß die sozialistische Regierung diesen Antrag auf Abschaffung eingebracht hat, weil wir glauben, daß die Aufnahmeprüfung tatsächlich eine überholte Bildungsbarriere ist; ich komme dann noch einmal an einer anderen Stelle darauf zu sprechen.

Wir sind nicht gegen die Leistung, im Gegenteil, wir sind sehr unzufrieden mit den Leistungen an unseren Schulen, sondern gegen

die viel zu frühe Auslese, die mit einer Leistung, die im Grunde genommen sich später nicht verifizieren und prognostizieren läßt, verbunden ist.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß im Finanzgesetz 1973 das Unterrichtsressort die höchste Steigerungsrate von allen einzelnen Ausgabengruppen aufweist und daß damit auch dieser globalen Entwicklung entsprochen wird, wonach in allen hochindustrialisierten Staaten gerade an der Steigerung des Volumens des Unterrichtsbudgets sehr deutlich abgelesen werden kann, welche Prioritäten die Gesellschaft Unterricht und Erziehung gegenüber einnimmt.

Während nämlich die Gesamtausgaben des Bundes von 1967 bis 1973 um 73 Prozent stiegen, beträgt die Steigerungsrate des Unterrichtsbudgets 120 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)* Heuer steigen die Budgetansätze für die allgemeinbildenden höheren Schulen um mehr als 20 Prozent, für die berufsbildenden Schulen und für die Schulpsychologie und Bildungsberatung sogar um mehr als 30 Prozent.

Ich bin der Überzeugung, daß damit nicht nur ein echter Schwerpunkt im gesamten Budget gesetzt wird, sondern sich die sozialistische Regierung auch sehr klar darüber ist, daß gerade auf dem Bildungssektor erhöhte Ausgaben gemacht werden müssen, um dieser Bildungsexplosion Rechnung zu tragen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Gestatten Sie mir auch, daß ich dabei den prozentuellen Anteil des Unterrichtsbudgets zum Gesamtbudget in den beiden Perioden der ÖVP-Regierung und der SPÖ-Regierung vergleiche. Dieser Anteil betrug im Jahre 1970 8,27 Prozent, und er beträgt gegenwärtig 9,15 Prozent. Wer weiß, was ein Prozent in dieser gesamten Budgetrechnung ausmacht, muß feststellen, daß hier eine echte Vermehrung und eine bessere Dotierung des Unterrichtsbudgets eingetreten ist.

Wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß in gleicher Weise auch die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung erhöht werden, so geht daraus eindeutig hervor, daß es den Sozialisten nicht nur darum geht — wie uns häufig vorgeworfen wird —, die materiellen Voraussetzungen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Wohnung, Kleidung und Nahrung zu schaffen, sondern daß es uns darüber hinaus darum geht, gleichzeitig die qualitative Verbesserung des Lebens in Angriff zu nehmen, die Volksbildung zu heben und damit den Werten des Geistes, der Wissenschaft und Kunst und nicht zuletzt der geistigen Aufgeschlossenheit und Redlichkeit

Dr. Schnell

einen verstärkten Eingang in immer breitere Volksschichten zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte an dieser Stelle auf Ihre Hinweise antworten, daß in unseren Schulen der Sachaufwand nicht bedeckt wird, und zwar meinen Sie damit, Herr Abgeordneter Harwalik, die allgemeinbildenden höheren Schulen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Wir haben uns in den Budgetsitzungen seit Jahren mit diesem Problem befaßt und immer wieder dem Bundesministerium für Unterricht den Vorwurf gemacht, daß diese Bedeckung nicht zeitgerecht eingetreten ist, daß die Bildungszulagen nicht bezahlt werden konnten. Ich bin heute in der außerordentlich glücklichen Lage, Herr Abgeordneter Harwalik, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß wir die seit dem Jahre 1967 beim Stadtschulrat für Wien aufgelaufenen Schulden, die während der ÖVP-Regierung einen Stand von 5 Millionen Schilling pro Jahr erreichten, im Dezember voll abgebaut haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es ist nicht ein Groschen übriggeblieben, weil das 2. Budgetüberschreitungsgesetz uns die Mittel dazu geliefert hat. Ich bin überzeugt, daß mit den Budgetansätzen für das kommende Jahr — natürlich könnten sie höher sein, und ich wäre sehr froh, wenn wir noch mehr für die Schulen ausgeben könnten — das Auslangen gefunden werden kann.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf eine Budgetrede aufmerksam machen, die Sie selbst im Jahre 1967 am 29. November in diesem Haus gehalten haben. Ich möchte nicht sagen, daß wir dasselbe Recht für uns in Anspruch nehmen.

„Wir wären alle froh und glücklich, könnten wir für die drängenden Bildungsaufgaben, die sich auf der ganzen Welt aus der Bildungsexplosion ergeben, noch mehr Geld ausgeben. Nur muß man es auch haben“ — sagten Sie damals. — „Das Bildungs-Tischlein-deck-Dich gibt es noch nicht, und der Knüppel-aus-dem-Sack der Opposition wird hier einfach zum Bumerang.“ — Vielleicht auch zum Bumerang für die gegenwärtige Opposition! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Hier drängt sich wirklich die Frage auf: Wo liegen die Ziele und Schwerpunkte der Bildungspolitik in der gegenwärtigen Zeit? Wir müßten viel mehr darüber reden, als es im Rahmen einer Budgetdebatte möglich ist.

Die Regierung führt ihre Bildungspolitik in einer Reihe von koordinierten Maßnahmen durch. Das Ziel dieser Bildungspolitik liegt darin, eine größere Effizienz des österreichischen Bildungswesens zu erreichen, die Kri-

senstellen — ich werde sie dann offen aufzeigen — im österreichischen Schulwesen zu beseitigen und allen Kindern nach Möglichkeit gleiche Bildungschancen zu gewähren.

Ich glaube, daß wir diese Ziele bereits sehr deutlich im Schulprogramm der SPÖ 1969 dargelegt haben. Ich darf auch sagen, als dieses Programm erschienen ist, haben uns damals einige Politiker — vor allem aber auch einige Pädagogen, die durchaus nicht der Sozialistischen Partei angehören — mitgeteilt, daß dieses Schulprogramm eine echte Möglichkeit der Kooperation und der Verständigung über die Parteien hinaus bietet, weil es ein Programm der Mitte und ein Programm der kleinen Schritte in der Weiterentwicklung der österreichischen Schulpolitik darstellt.

Diese Maßnahmen erstrecken sich auf mehrere Bereiche. Erstens einmal auf die Strukturreform, wie sie in der 4. Novelle des Schulorganisationsgesetzes bereits dargelegt ist. Ich hoffe, daß wir in der 5. Novelle zum Schulorganisationsgesetz darauf zurückkommen können.

Nun darf ich direkt auf Ihre Einwendung eingehen, die Sie an mich gerichtet haben. Sie meinten, Herr Abgeordneter Harwalik, daß Sie Sorge haben, daß die Schulversuche, wie sie in der 4. Novelle dargelegt sind und wie wir sie praktizieren — ich möchte auch nicht verhehlen, daß wir sie im Bereich des Stadtschulrates für Wien seit dem Jahre 1961 mit großem Erfolg durchgeführt haben mit Bewilligung des Bundesministeriums für Unterricht, also schon viele Jahre vor der 4. Novelle —, Ergebnisse der zukünftigen Schulreform vorwegnehmen.

Sie haben dann gemeint, es sollte klar entschieden werden, ob wir uns zur Reform oder zur Revolution bekennen. Ich kann Ihnen sehr einfach sagen: selbstverständlich zur Reform. Nur wird es darauf ankommen, was man unter Reform versteht und ob etwa von Ihnen verschiedene Organisationsformen im Bereich der Vorschulerziehung schon als eine revolutionäre Erscheinung im österreichischen Schulwesen aufgefaßt werden.

Man kann es nicht fassen, daß Sie das Wort vom „Mord am österreichischen Gymnasium“ prägen. Dieses Wort „Mord am österreichischen Gymnasium“ bringt eine Fülle von Emotionen unter die Lehrerschaft. Wir wollen das österreichische Gymnasium nicht ermorden. Wir wollen eine höhere Leistung im österreichischen Gymnasium. Es wird die Frage sein, ob diese höhere Leistung nicht besser erzielt werden kann, wenn das österreichische Gymnasium auf der Oberstufe stärker seinen Aufgaben gerecht werden kann,

Dr. Schnell

als es jetzt geschieht. Die infolge der Bildungsexplosion eingetretene Überfüllung der Unterstufe schwächt die Bildungsmöglichkeiten der Oberstufe. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Harwalik: Das Wort kommt von den Professoren!)*

Ich habe unter dem Titel „Mord am Gymnasium“, wie Sie wissen, in Graz mit den Professoren gesprochen. Wenn ich Ihnen die extreme Haltung einer Mittelschullehrerin, die am stärksten dieses Wort „Mord“ in den Mund genommen hat, in diesem Haus darlegen darf, dann war es folgende Auffassung — es waren die christlichen Mittelschullehrer der Steiermark in Graz versammelt —: Wozu brauchen wir denn überhaupt eine Hauptschullehrerausbildung? Die Kinder an den Hauptschulen sollen lesen, schreiben und rechnen können, mehr brauchen sie nicht!“ Daß aber gegenwärtig mehr als 50 Prozent der Schüler an den musisch-pädagogischen Realgymnasien und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen von der Hauptschule kommen und dort mit den Absolventen der Untermittelschule in Konkurrenz treten und auch die Leistungen erfüllen sollen, das bedenkt man nicht, weil man das Gymnasium als einzige Form der allgemeinbildenden höheren Schulen in Österreich sieht.

Hier liegt ein Fehler, den wir von beiden Seiten aus — ich hoffe, daß wir Ihre Unterstützung haben, Kollege Harwalik —, emotionsgeladen, wie er vorliegt, ausräumen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie mir sagen, daß ich mit zwei Zungen rede, dann kann ich Ihnen nur folgende Antwort geben: Ich habe seit dem Jahre 1946, als ich begann, mich mit den Fragen der Schulpolitik zu beschäftigen, einen klaren Unterschied gemacht: Dort, wo ich als Lehrer, Schulaufsichtsorgan oder als Präsident des Stadtschulrates verpflichtet bin, den österreichischen Gesetzen treu zu folgen, habe ich die gesetzlichen Bestimmungen streng, gewissenhaft und korrekt eingehalten. Ich habe mich in allen Arbeitsgemeinschaften des Bundesministeriums für Unterricht auch dafür verwendet, diese Gesetze in Ausführungsbestimmungen zum Wohle des Kindes und in pädagogischer Hinsicht auszulegen. Dort aber, wo ich in meiner Funktion als Politiker oder in meiner Eigenschaft als Staatsbürger eine politische Ansicht habe, darf ich doch für die Gesamtschule eintreten.

Ich bestreite Ihnen doch nicht das Recht, daß Sie für die achtjährige allgemeinbildende höhere Schule eintreten. Selbstverständlich werden wir aus dieser Konfrontation den besten Weg finden. Aber man darf nicht sagen,

daß ich ein Ergebnis vorwegnehme oder mit zwei Zungen spreche. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich der Überzeugung bin, daß eine Gesamtschule — ich werde ganz kurz dann auch darauf zu sprechen kommen — meiner Meinung nach die beste Form der Bildung sowohl im Hinblick auf die soziale Koedukation aller Schüler, vor allem aber auch im Hinblick auf die Leistung für das österreichische Schulwesen darstellt.

Ich darf noch eine Bemerkung machen, und zwar sowohl zu Ihnen wie auch zu Kollegen Hanreich, der ebenfalls die Frage der Leistung angeschnitten hat. Wir bekennen uns alle zur Leistung. Es gibt keine Schule ohne Leistung. Jede Schule ohne Leistung wäre eine Fehlkonstruktion in sich. Aber ich kann nicht von dem Kind, das in die erste Volksschulklasse eintritt, eine normierte Leistung verlangen, und ich kann nicht an ein zehnjähriges Kind Leistungsanforderungen stellen, die ein großer Teil dieser Kinder altersmäßig nicht erbringen kann und die normiert für ihre weitere Schullaufbahn in dieser Schule eine Voraussetzung sind. Es kann nur so sein, daß während der gesamten Schullaufbahn die höheren Leistungen mit zunehmendem Alter gefordert werden. Aber dann bin ich dafür, daß wir strenge und höhere Leistungen verlangen als jetzt, weil diese größeren Leistungen auch die Voraussetzung für das Wirtschaftsleben darstellen. Aber so wie es jetzt ist, daß die Kinder, die nicht von vornherein diese Leistungen erbringen, einfach von den Schulen weggeschickt werden, das hat mit einer pädagogischen und einer sozialen Einstellung zum Kind nichts zu tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich hoffe, daß wir in der Frage — und damit möchte ich meine Ausführungen zu den Schulversuchen abschließen — der Einführung der Vorschulklassen oder der Vorschulerziehung nicht in den Fehler verfallen — und hier bekenne ich mich nicht nur zur Kooperation, sondern wir müssen sie auch gemeinsam üben und praktizieren —, daß nicht schon die Vermutung und die Unterstellung aufkommt, wenn einer sagt, er tritt für die Vorschulklasse an einer Volksschule ein, der andere meint: Aha, der möchte die Volksschule schon mit dem 5. Lebensjahr beginnen lassen, infolgedessen dürfen wir das nicht einrichten, deshalb könnten wir die Vorschulklassen nur im Kindergarten einrichten, obwohl wir in bestimmten Regionen gar keine Voraussetzungen im Kindergarten haben, aber die Schule hätte sie, um das einzurichten.

Ich bekenne mich daher, Herr Kollege Harwalik, dazu, daß wir in einer außerordentlich flexiblen Form in der Epoche der Schulver-

Dr. Schnell

suche die Lösungen gemeinsam finden, die für das Wohl unserer Kinder am günstigsten und am besten sind. Ich glaube, daß das nicht schwer sein kann, wenn uns die Pädagogik, soweit sie eine Wissenschaft ist und man auf ihre Erkenntnisse tatsächlich zurückgreifen kann, bestimmte Anhaltspunkte geben kann.

Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß die Schulversuche, wie sie jetzt eingeleitet wurden, weit über alle Schularten hinaus eine unerhörte Anteilnahme, wie sie im Bildungsgeschehen in diesem Lande noch nie zu verzeichnen war, ausgelöst haben. Es sind mehr als 1700 Klassen in Österreich in den Schulversuchen tätig, mehr als 2000 Lehrer nehmen in ihrer Freizeit an einer Fülle von Arbeitsbesprechungen und pädagogischen Konferenzen teil. Ich bin überzeugt, daß gerade dadurch eine Reihe von pädagogischen Vorurteilen abgebaut werden kann und wir zu einer besseren Gestaltung des Schulwesens sowohl in der äußeren Struktur wie auch in der inneren Form kommen werden.

In engem Zusammenhang mit den Schulversuchen und zum Teil durch diese ausgelöst arbeiten zurzeit auch mehrere Expertengruppen im Bundesministerium für Unterricht an neuen Lehrplänen. Diese Arbeit wurde durch die Schulversuche ausgelöst, schlägt zweifellos in den Leistungsanforderungen zu stark in Grenzgebiete aus, die einzelne Kinder nicht bewältigen können, aber hier wird sich durch lange Diskussion sicher ein Weg finden.

Gleichzeitig ist das Schulunterrichtsgesetz in Behandlung, und der starke Zugang zu den Pädagogischen Akademien läßt die berechtigte Hoffnung zu — auch darüber möchte ich noch getrennt ein paar Worte sagen —, daß wir den Lehrermangel in einigen Jahren zumindest stark verringern.

Ich werde dann auch noch ein paar Worte über den Schulbau sagen.

Alle diese Maßnahmen zusammen bilden das Paket der Schulerneuerung in Österreich, wobei die beachtlichen materiellen Unterstützungen der Schüler und Eltern, wie sie durch das Schülerbeihilfengesetz, durch die Freifahrten und durch die Schulbuchaktion eingeleitet wurden, einen echten Weg zur Herabsetzung der Barrieren im Schulwesen darstellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darf ich Ihnen nur einige Zahlen nennen. Es wurden 28.556 Anträge für Schülerbeihilfen, und zwar Schul- und Heimbeihilfen, positiv erledigt und fast 178 Millionen Schilling ausgezahlt, pro Schüler durchschnittlich 6231 S. Wenn das nicht eine echte Unterstützung ist, die sich auf den Schulfortgang und auf die

gesamte Bildungslaufbahn des Schülers auswirkt, dann kenne ich eine bessere Unterstützung nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber doch auf die kritischen Stellungnahmen zurückkommen und gehe gerne darauf ein, daß wir im österreichischen Schulwesen sicherlich Krisenstellen haben. Ich brauche von vornherein nicht zu sagen, daß diese Krisenstellen nicht in der sozialistischen Regierung aufgetreten sind, sondern eine lange Entwicklung vorliegt.

Ich möchte drei Beispiele herausgreifen: Erstens die Frage der Unterrepräsentation der Arbeiterkinder an den Hochschulen. Aus dem Hochschulbericht 1972 geht hervor, daß der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden an Universitäten und Hochschulen in Österreich von 8 Prozent im Wintersemester 1967/68 auf 12 Prozent im Wintersemester 1971/72 gestiegen ist.

Meine Damen und Herren! Wir könnten über diese Tatsache sehr glücklich sein. Sie können aber versichert sein, daß wir damit nicht zufrieden sind. Das ist ein sehr kleiner, und es ist noch fraglich, ob ein echter und auf die Dauer gesicherter Zugang, aber wir werden alle Maßnahmen treffen, und es wird großen Anstrengungen bedürfen, daß die Forderung nach gleichen Bildungschancen in den nächsten Jahren realisiert werden kann. Ich bin der Überzeugung, daß dies eine Forderung ist, die nicht in drei und nicht in fünf Jahren, vielleicht nicht in einem Jahrzehnt realisiert werden kann. Wir sind uns auch bewußt, daß eine echte pädagogische Beeinflussung der Arbeitereltern eintreten wird.

Was den Lehrermangel betrifft, den meine beiden Vorredner hervorgehoben haben, möchte ich darauf hinweisen, daß die Pädagogischen Akademien, zu denen wir zum Glück gemeinsam stehen, eine jahrzehntelange Forderung der Sozialisten darstellten und tatsächlich eine Wendung zum Besseren gebracht haben.

Ich möchte doch Dr. Drimmel zitieren, der in der Zeitschrift „Erziehung und Unterricht“ kurz nach dem Schulgesetzwerk 1962 den Satz geschrieben hat — mit Bewilligung des Herrn Präsidenten darf ich zitieren —: „Die Einrichtung der viersemestrigen Pädagogischen Akademie ist das Verdun im bisherigen österreichischen Schulkampf.“

Ich brauche Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Harwalik, nicht in Erinnerung rufen, auf welcher Seite in diesem Schulkampf die SPÖ und auf welcher Seite die ÖVP gestanden ist.

Dr. Schnell

Ich möchte drei Zahlen gegenüberstellen. In der Mitte der fünfziger Jahre, vor der Einrichtung der Pädagogischen Akademie, haben 600 Studierende in einem Jahrgang der Lehrerbildungsanstalt ihr Studium an der Lehrerbildungsanstalt abgeschlossen. Davon ist nur ein Bruchteil, wie Sie wissen, in den Lehrberuf gegangen, weil die übrigen an die Universität übergetreten sind, weil ja die Reifeprüfung an der Lehrerbildungsanstalt gleichzeitig auch die Voraussetzung für ein Universitätsstudium geboten hat.

Im Jahre 1961/62 — es haben sich die damaligen Unterrichtsminister und auch die Landesschulräte sehr bemüht; der katastrophale Lehrermangel war 1961/62 klar in Sicht — haben wir bereits 1068 Studierende gehabt, die ein Zeugnis der Reife für Volksschulen bekommen haben, aber wieder galt für sie, daß sie nicht alle in den Beruf gingen, weil ja eine große Zahl aus der Lehrerbildungsanstalt kam.

Vergleichen Sie damit die Zahl der Studierenden, die im letzten Jahr abgeschlossen haben. Es waren 2530 Studierende, die die Lehramtsprüfung bestanden haben, das heißt, viermal soviel Studierende wie 15 Jahre vorher, vor der Einrichtung der Pädagogischen Akademie, einer Einrichtung, die Sie bekämpft haben und von der Sie gesagt haben: Wenn die Pädagogischen Akademien eingerichtet werden, werden weniger Maturanten, werden weniger Studierende einer Lehramtsprüfung ablegen, der Lehrermangel wird größer werden. (*Abg. Harwalik: Das stimmt nicht! Wir haben uns zur Akademie bekannt!*) Im Jahre 1962! Drimmel hätte keinen Grund gehabt, die Einrichtung der Pädagogischen Akademie als Verdun der Lehrerbildung zu bezeichnen. Ich möchte Sie an den Artikel in der „Furche“ erinnern, den er damals geschrieben hat, wo das auch sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Meine Damen und Herren! Es kommt noch etwas dazu. Sie machen uns jetzt den Vorwurf, daß wir nach zweijähriger sozialistischer Regierung den Lehrermangel nicht behoben haben. Wissen Sie und haben Sie sich einmal darüber Gedanken gemacht, daß die Engstelle im Bildungsprozeß bei uns die Maturanten sind?

Ich bin sehr glücklich, daß wir jetzt bereits 12.000 Maturanten in Österreich haben. Dazu zählen allerdings auch die Maturanten an den berufsbildenden höheren Schulen, die kaum in eine Pädagogische Akademie gehen. Wenn man jetzt noch berücksichtigt, daß wir 2000 bis 3000 — möglichst 3000 — Maturanten brauchen, nur um sie in die Pädagogischen

Akademien zu schicken — das ist mehr als ein Drittel aller Maturanten, gar nicht zu reden von dem Lehrermangel an den allgemeinbildenden höheren Schulen —, dann bitte ich die Österreichische Volkspartei und bitte auch alle übrigen, die auf dem Bildungssektor diese Ansicht vertreten, doch endlich aufzuhören, von der Maturantenschwemme zu reden, die nicht besteht, weil wir zurzeit noch zuwenig Maturanten haben, die in die Pädagogische Akademie — trotz der starken Werbekraft der Pädagogischen Akademien — eintreten können.

Es kommt aber noch etwas dazu. An den Pädagogischen Akademien werden wir in den nächsten Jahren eine höhere Qualifikation bei der Lehrerbildung anstreben, und mit dem Schuljahr 1972/73 begann bereits die Institutionalisierung der Ausbildung der Haupt- und Sonderschullehrer in einem sechssemestrigen Studiengang. Es ist geplant, diesen Schulversuch auf alle Pädagogischen Akademien zu übertragen, und wir werden dann nicht nur den quantitativen Lehrermangel, sondern auch den qualitativen Lehrermangel in Österreich abbauen können.

Und jetzt vertrete ich eine Ansicht, von der ich nicht weiß, ob Sie sie als eine Reform akzeptieren oder als revolutionär ansehen. Was ist es, wenn der große Mangel an Lehrern, den wir an den allgemeinbildenden höheren Schulen haben, von den Lehrern mit abgedeckt wird, die an den Pädagogischen Akademien als Mittelstufenlehrer herangebildet werden? Sie werden von denselben Universitätsprofessoren wie die Lehrer an den allgemeinbildenden höheren Schulen herangebildet. Sie haben dieselben Vorlesungen, dieselben Kurse, dieselben Personen, sie haben eine sechssemestrige Ausbildung, die nur um zwei Semester geringer ist als die Ausbildung der Lehrer für die allgemeinbildenden höheren Schulen. Warum können wir nicht diese Lehrer in einigen Jahren an der Unterstufe der Gymnasien und der Realgymnasien einsetzen und die Professoren, die dadurch frei werden, an der Oberstufe verwenden?

Wir klagen ja, daß der Lehrermangel an den allgemeinbildenden höheren Schulen so groß ist. Es fehlen uns 3000 Lehrer. Ich bin also der Meinung, daß das keine Revolution ist, sondern ein kleiner Schritt einer Reform, der das österreichische Schulwesen beachtlich verbessern und uns auch die Möglichkeit bieten wird, in verhältnismäßig kurzer Zeit den Lehrermangel abzubauen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Neben dem Lehrermangel haben Sie den katastrophalen Raummangel angeführt, der auch nicht seit heute besteht, den wir auch geerbt haben. Um den Raummangel systema-

Dr. Schnell

tisch abzubauen, hat das Bundesministerium für Unterricht dieses Zehnjahresprogramm ausgearbeitet und dabei auch eine stärkere Verlagerung im Hinblick auf die berufsbildenden höheren Schulen vorgenommen.

Ich möchte Ihnen auf Grund Ihrer reichen Kritik am Bundesschulbau einige konkrete Tatsachen mitteilen, und zwar eine globale Übersicht geben und dann die Situation — im Gegensatz zu dem, was gestern Kollege Hahn von Wien gesagt hat — aus der Wiener Sicht darstellen. Damit werde ich Ihnen, glaube ich, sehr einfach beweisen können, daß die Dinge ganz anders liegen, als Sie sie darstellen.

Zurzeit — wobei in dieser Zusammenstellung nicht genau angeführt wird, wann diese Projekte, ob noch unter der Regierung der Österreichischen Volkspartei oder unter der Regierung der Sozialistischen Partei, begonnen und geplant wurden — zeigt sich folgendes Bild:

Objekte, die gänzlich oder zum Teil bezogen wurden: 28; Projekte, für die die Bauarbeiten begonnen wurden beziehungsweise in Gang sind: 34, und zwar sind das Neubauten und Zubauten; Projekte, für die die Baumeisterausschreibung fertiggestellt ist: 1; Projekte, für die der Planungsauftrag vergeben wurde: 23; Projekte, für die der Auftrag zur Ausschreibung des baukünstlerischen Wettbewerbes erteilt wurde: 9; Projekte, bei denen das Raum- und Funktionsprogramm bereits erstellt und genehmigt wurde: 7; und Projekte, für die die Vorarbeiten im Gang sind: 11; Summe: 113.

Zu diesen 113 Projekten setze ich die Zahl aller Bundesschulen in Österreich in Relation: Gegenüber 457 Bundesschulen haben wir 113 Projekte. Ich darf sagen, daß das eine enorm hohe Zahl von Projekten ist, die entweder fertiggestellt, in Bau, in Vorbereitung oder in Planung sind, eine Zahl, wie wir sie kaum jemals hatten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt eine konkrete Antwort an den Herrn Abgeordneten Hahn, der sich leider nicht im Saal befindet, der aber gestern im Zusammenhang mit der Besprechung des Kapitels Bauten und Technik den Vorwurf erhoben hat, daß der Bund in Wien keine Schulen baue, daß der Schulbau gestoppt sei, daß aber statt dessen das Land Wien die Donauinsel baue, wobei diese Verwechslung der Kompetenzen zwischen Bund und Land für mich keine Rolle spielt. Ich möchte hier nur der Wahrheit und der Richtigkeit halber sagen: Es geht nicht primär um die Donauinsel, sondern es geht um den totalen Hochwasserschutz und um die

Vermeidung der Drängewässer in der Kanalisation Wiens, die die Stadt Wien und die Techniker vor allem dazu gebracht haben, dieses Projekt einem anderen Projekt vorzuziehen.

Aber zu dem Vorwurf, daß in Wien in den zweieinhalb Jahren der sozialistischen Regierung nichts geschehen sei, möchte ich Ihnen folgende konkrete Aufstellung als Gegensatz zeigen:

Herr Minister Mock! Sie können sich vielleicht erinnern — aber ich komme darauf nicht im besonderen zu sprechen —, daß ich kurz nach der Übernahme meines Amtes als Amtsführender Präsident bei Ihnen im Bundesministerium für Unterricht erschienen bin und Ihnen damals die triste Situation auf dem Schulbausektor in Wien mit Hilfe eines Memorandums, das ich im Herbst 1969 ausgearbeitet hatte, dargelegt habe. Und ich muß heute sagen, daß Sie mir sofort versprochen haben, nach Möglichkeit zu helfen. Ich weiß, daß diese Möglichkeiten auch nicht leicht von Ihnen zu realisieren waren. Aber ich möchte jetzt doch sagen, was in diesen drei Jahren geschehen ist.

Kurz nach Übernahme der Regierung durch die Sozialisten hat die Gemeinde Wien mit dem Unterrichtsminister den Vertrag abgeschlossen, drei Schulen vorzufinanzieren, die etwa 110 Klassen haben werden. Von diesen drei Schulen 1969 ... — Verzeihung, 1970! Es wäre gut, wenn wir um ein Jahr früher zur Regierung gekommen wären, dann wären wir doch schon weiter; aber es ist auch so gut gegangen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 1970 im Herbst ... *(Zwischenruf des Abg. Mittler.)* Moment, Herr Abgeordneter Mittlerer, jetzt hören Sie gut zu, was diese sozialistische Regierung in Wien, natürlich in Zusammenarbeit und in Kooperation mit einer sozialistischen Stadtverwaltung, gemacht hat. *(Abg. Doktor Mussil: Ich schreibe alles mit!)* Ja, gut aufschreiben.

Drei vorfinanzierte Schulen ... *(Abg. Schrotter: Das hätten Sie auch zwei Jahre früher machen können — vorfinanzieren!)* Wenn der Bund darauf eingegangen wäre! — Also drei vorfinanzierte Schulen: 1970 die erste Schule im Raum- und Funktionsprogramm. Diese erste Schule beginnt jetzt bereits in Wien XXIII aus dem Erdboden zu wachsen. Die Damen und Herren werden eingeladen, hinauszufahren und sich das anzusehen. Wir werden mit bereits zehn bis 15 Klassen im Herbst 1973 in diese Schule nach drei Jahren einziehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Schnell

Die zweite Schule ist in der Planung abgeschlossen, der Baugrund ist vorhanden. Wir werden auch diese zweite Schule in kürzester Zeit zu bauen beginnen.

In der dritten Schule kennen Sie das Problem, das mit dem Grunderwerb zusammenhängt. Leider ist der Grund nicht freizubekommen, obwohl große Anstrengungen, auch große finanzielle Opfer erbracht werden, um die Abfindung durchzuführen.

Neben diesen drei vorfinanzierten Schulen mit 110 Klassen haben wir fünf Pavillons entweder erhalten oder sie sind im Bau mit zusammen 60 Klassen: In der Boerhaavegasse, in der Wenzgasse, auf dem Ringelseeplatz. Diese Pavillons sind ausschließlich in der Zeit der sozialistischen Regierung in sehr kurzer Zeit gebaut worden. Für die letzte Schule in der Pernerstorfergasse wird zurzeit der Grund ausgehoben, sie ist im Bau.

Ferner haben wir das Gebäude in der Sigringergasse mit 10 Klassen erhalten; es wurde generalrenoviert. (*Abg. Dr. Koren: Das ist aber nicht groß, 10 Klassen!*) Wir haben ferner von der Gemeinde Wien ein Gebäude mit 15 Klassen erhalten, das der Bund übernommen hat. Ein weiteres Gebäude ist in der Diefenbachgasse mit 15 Klassen dazugekommen. Das sind zusammen 190 Klassen.

Die Bundesregierung hat alle Anstrengungen unternommen, um die von der ÖVP-Regierung schon seit einem Jahrzehnt geplanten Schulen nun auch tatsächlich zu realisieren, nämlich die Schule auf der Schmelz und in der Amerlingstraße, sodaß wir in kürzester Zeit 240 Klassen gewonnen haben, bei einem Gesamtklassenstand von 1000 Klassen also fast ein Viertel. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir noch die Regierung der Österreichischen Volkspartei hätten, müßten wir in Wien im Jahr 2000 Schüler, die sich für die allgemeinbildende höhere Schule anmelden, wegschicken, weil wir diese Vorkehrungen nicht hätten treffen können. (*Abg. Dr. Mussil: Aber der ländliche Raum ist vernachlässigt!*) Das bedeutet etwas. Das heißt, man muß auch die generellen Maßnahmen treffen. Es ist falsch, uns zu unterstellen, daß nichts geschieht. Es muß nur auch die Bereitschaft zur Kooperation vorhanden sein, um diese Maßnahmen durchzuführen. (*Abg. Dr. Mussil: Im Waldviertel würde ich bitten!*)

Ich möchte im Vergleich dazu, Herr Abgeordneter Mussil, den Zeitplan der Pädagogischen Akademie in Wien X anführen, da habe ich das Raum- und Funktionsprogramm

im Jahre 1963 erstellt, und im Jahre 1972/73 sind wir mit den ersten Klassen eingezogen, nach neun Jahren. Sie ersehen daraus, daß es völlig ungerechtfertigt ist, den Vorwurf zu erheben, daß in diesen wenigen Jahren nichts geschehen ist.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß zur Erstellung oder zum Fertigmachen eines Bauprojektes und zur Realisierung dieses Bauprojektes eine entsprechende Zeit notwendig ist. (*Abg. Dr. Mussil: Aber der ländliche Raum!*)

Schließlich möchte ich in diesem Zusammenhang — ich rede nur von meinem Schulaufsbereich — anhand dieses Beispiels dem Abgeordneten Hahn entgegen und klar aufzeigen, daß seine generelle Behauptung, mit viel Unbehagen in den Saal gestreut, absolut unrichtig ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich komme in diesem Zusammenhang doch noch auf eine Bemerkung zurück, die Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, heute dem Herrn Minister vorgeworfen haben, nämlich auf Ihren außerordentlich vehementen Angriff gegen den Minister im Hinblick auf die „parteiliche Personalpolitik“ am TGM. Ich scheue mich nicht, diese Frage in Weiterführung des Problems „Proporz am Katheder“ aufzugreifen.

Ich war mit dem Herrn Kollegen Dr. Mock im Fernsehen und habe zum Unterschied von ihm, der sich dafür ausgesprochen hat, daß die Lehrer Vorschläge abgeben, darauf hingewiesen, daß letzten Endes nicht allein die Lehrer ausschlaggebend sein können und nicht allein die Lehrer das Recht haben, ihre Vorschläge vorzubringen, weil auch die Eltern an diesen Schulen großes Interesse haben und ihre Kinder an diese Schulen schicken. Das heißt, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, das Elternrecht immer so groß schreiben, dann dürfen Sie nicht dieses Elternrecht bei der Stellenbesetzung von vornherein außer acht lassen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In diesem Fall haben Sie nur den Lehrern Gehör geschenkt, und zwar nicht den Lehrern insgesamt, sondern der Personalvertretung, die auf parteipolitischer Grundlage bei den Lehrerwahlen auf Grund der Liste des ÖAAB und der christlichen Fraktion gewählt wurde, und dort haben der ÖAAB und die christliche Fraktion eine große Mehrheit gefunden, das heißt ... (*Abg. Dr. Koren: Ist das schlecht?*) Ich habe nichts dagegen, nur darf dann diese Lehrergruppe nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Stellenbesetzung durchzuführen. Dagegen wenden wir uns. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dr. Schnell

Wenn Sie sich dagegen wenden, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß in den einzelnen Landesschulräten auf Grund des politischen Stärkeverhältnisses eine Stellenbesetzung durchgeführt wird, dann können wir uns mit demselben Recht dagegen wenden, daß ausschließlich die Personalvertretung der Lehrer, gewählt nach politischen Grundsätzen, die Entscheidung für die Besetzung einer Stelle trifft. Mein Standpunkt ist sehr einfach, klar und deutlich. Ich bin der Meinung, daß der politischen Minderheit in allen Stellenbesetzungsfragen ein gebührendes Recht, eine gebührende Chance und eine Möglichkeit eingeräumt wird.

Ich habe das in meinem Briefwechsel mit dem Herrn Landeshauptmann Kessler vertreten. (*Abg. Dr. Mussil: Bei der Gemeinde Wien!*) Bei der Gemeinde Wien beziehungsweise im Rahmen der Wiener Schulverwaltung sind ordentliche Verhältnisse in der Stellenbesetzung. Ich darf Ihnen mitteilen, daß dort alle Besetzungen des Stadtschulrates für Wien einstimmig über die Bühne gehen im Gegensatz zu anderen Ländern. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich möchte hier noch erwähnen, daß noch nie jemand in diesem Haus dagegen etwas einzuwenden gehabt hat, daß unter den Ministern der Österreichischen Volkspartei, Ihren Vorgängern — ich kann mich nicht erinnern, daß Sie eine Stelle besetzt haben, Herr Kollege Mock —, alle Zentralanstalten eindeutig einseitig besetzt worden sind. Da hat niemand etwas daran gefunden. Jetzt aber, weil ein anderer Bewerber auch einmal zum Zug kommt, und zwar ein ausgezeichnet qualifizierter Bewerber, schreckt man nicht davor zurück, daß dieser Mann in der Nacht angerufen und unter Drohungen verhalten wird, er möge zurückziehen. (*Abg. Liberal: Das ist Terror!*) Sehen Sie, das ist eine unerhörte Maßnahme in einem politischen Kampf! (*Abg. Dr. Mussil: Wissen Sie, wer da der Anrufer war? — Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie können dreimal raten, Herr Abgeordneter Mussil, wer angerufen hat. (*Abg. Dr. Mussil: Ich weiß es nicht!*) Ich weiß es auch nicht. Jedenfalls Leute, die die Verhältnisse sehr gut kannten.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Abschluß. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Sicherung gleicher Bildungschancen, die Herabsetzung der Klassenschülerzahlen, der Abbau des Lehrermangels, die Schaffung des notwendigen Schulraums sehr dringende Forderungen sind, die wir sicherlich gemeinsam verfolgen und gemeinsam in Angriff nehmen

müssen, daß aber diese Maßnahmen auch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, um das österreichische Schulwesen zu verbessern.

Jetzt komme ich nochmals auf eine Frage zurück, deretwegen Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, mich wieder der Doppelzüngigkeit zeihen werden; ich weiß das im vorhinein, weil ich jetzt meine Meinung als Politiker ausspreche. In bin nämlich der Auffassung, daß wir dieses Schulwesen in kürzerer Zeit verbessern könnten, daß der Zeitpunkt reif ist, die österreichische Schulreform der kleinen Schritte auf die Mittelstufe und auf die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen zu konzentrieren. Ich möchte den Schulversuchen nicht vorgreifen, aber im Rahmen dieser Schulversuche ergäbe sich jetzt doch die Möglichkeit, die Zweiteilung unseres Schulwesens in die Unterstufe des Gymnasiums oder des Realgymnasiums und in eine Hauptschule, die mit den Prinzipien einer demokratischen Gesellschaftsordnung nicht in Einklang gebracht werden kann, abzubauen und auch höhere Leistungen gerade durch eine gemeinsame Unterstufe zu erzielen.

Das Modell der Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen ist in der österreichischen Bildungstradition organisch seit dem Jahre 1920 — ich sage Ihnen nichts Neues — gewachsen und seit mehr als einem halben Jahrhundert präsent, es wurde immer wieder verlangt.

Das ist keine Revolution, sondern das ist eine organische Reform und Weiterentwicklung. Und im Gegensatz zur englischen Comprehensive School und zu den bundesdeutschen Schulversuchen mit der Gesamtschule beschränkt sich dieses österreichische Schulversuchsmodell nur auf die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, also nicht auf die Oberstufe, über die auch im Ausland Kritik geübt wurde, vor allem eine Kritik, die ja immer von Ihnen über die schwedische Gesamtschule vorgebracht wurde.

Ich bin weit davon entfernt zu glauben, daß mit der Einführung der Gesamtschule alle Probleme, die uns zurzeit beschäftigen, mit einem Schlag gelöst sind, das kann gar nicht der Fall sein. Aber eine stufenweise und behutsame Einführung, wobei auf die regionalen Verhältnisse Bedacht genommen wird, bewirkt eine echte und dauerhafte Verbesserung des gesamten Schulwesens. Der vorhandene Schulraum kann besser genützt werden, es kann besser auf die fachlichen Kenntnisse der Lehrer Rücksicht genommen werden, und wir können mit Hilfe von Leistungsgruppen die Repetenzahlen an den Schulen herabsetzen.

Dr. Schnell

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einen unverdächtigen Zeugen nennen, weil Sie immer sagen, auch die sozialistischen Lehrer seien mit der Gesamtschule nicht einverstanden. Der Direktor der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz, Herr Direktor Vierlinger, hat in seinem Artikel „Schulreform in Österreich“ eine Teilüberschrift „Die Sekundarschule wird als integrierte Gesamtschule dem gesellschaftlichen Auftrag besser gerecht“ gebracht und beschreibt dann im einzelnen alle jene Motive, die in der internationalen Pädagogik vorgebracht werden.

Ich bitte Sie daher, daß die Oppositionsparteien ihre Gegnerschaft oder ihren Vorbehalt, der gerade heute wieder sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist, indem Sie von „Mord am Gymnasium“ gesprochen haben, zurückstellen und dafür Vorsorge treffen, daß unsere Kinder die beste Schule bekommen, daß diese Schule verhältnismäßig rasch eingeführt wird und damit die Probleme, soweit sie lösbar sind, auch in einer kurzen Zeit bewältigt werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher.

Abgeordneter Dr. **Frauscher** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Schnell, hat sich sehr bemüht, ein freundliches Bild von den Zuständen im österreichischen Schulwesen zu zeichnen. Ich muß leider sagen, daß ich mich dem nicht anschließen kann, sondern muß vielmehr feststellen, daß mit zunehmender Amtsdauer der sozialistischen Regierung die Zustände im österreichischen Schulwesen immer mehr Anlaß zur Sorge geben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich werde Ihnen auch Beispiele dafür bringen.

Der Herr Abgeordnete Schnell hat sich damit gebrüstet, daß der Anteil der Budgetmittel für das Kapitel Unterricht am Gesamtbudget unter der sozialistischen Regierung gestiegen sei. Dazu muß ich feststellen, daß auch unter der Regierung der Volkspartei von 1966 bis 1970 eine ständige Steigerung zu verzeichnen war. Einer meiner Kollegen wird Ihnen am Montag noch die genauen Ziffern dazu bringen.

Zum Sachaufwand möchte ich in Erinnerung rufen, wie viele Meldungen wir im vergangenen Jahr immer wieder entgegennehmen mußten, daß in Salzburg die Sperre der Stromlieferungen angedroht wurde, weil noch im Juli dieses Jahres die Rechnungen ab Oktober 1971 offen gewesen sind und ein Saldo bei

den E-Werken, bei den Stadtwerken Salzburg, von über einer Million Schilling bestanden hat.

Mein Kollege Gruber hat schon einmal in der Fragestunde darauf hingewiesen, daß es im vergangenen Winter sogar eine Schule gegeben hat, wo nicht unterrichtet werden konnte, weil man nicht heizen konnte; es haben nämlich derartig hohe Rückstände an Heizmaterialrechnungen bestanden, daß nicht mehr geliefert worden ist. Oder bei einem Filmprojektor konnte eine Glühbirne nicht ausgetauscht werden, weil dazu die Mittel nicht vorhanden gewesen sind.

Die Liste dieser Beispiele ließe sich noch beliebig fortsetzen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Herr Unterrichtsminister auf meine Anfrage vom 5. Juli am 25. August mitgeteilt hat, daß mit Stand Ende Juni/Anfang Juli der Gesamtbetrag an Rückständen 18,7 Millionen Schilling betragen hat.

Das Versagen der sozialistischen Regierung wird aber auch deutlich, wenn man feststellen muß, daß es noch nie so viele Klassen mit Wechselunterricht und noch nie so viele Klassen mit Überbelag gegeben hat. Mein Kollege Harwalik hat ja schon darauf hingewiesen, daß seinerzeit der Unterrichtsminister deshalb als Gesetzesbrecher hingestellt wurde. Der derzeitige Unterrichtsminister sagt, das müsse man eben machen, damit man die Kinder unterrichten könne.

Wir haben auch in einer Anfragebeantwortung auf die Anfrage des Abgeordneten Melter vom 11. Oktober nunmehr am 11. Dezember — genau zwei Monate Frist wurden hier ausgenützt — hören müssen, daß insgesamt an 1099 Hauptschulklassen die Schülerhöchstzahl überschritten wird — das sind 9,8 Prozent aller Hauptschulklassen —, daß an 674 Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen die Schülerhöchstzahl 36 überschritten wird, das sind rund 12,9 Prozent aller Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen.

Wenn man nun erwarten würde, daß wenigstens in diesen Klassen die Kinder in allen Gegenständen unterrichtet werden, die Pflichtgegenstände sind, dann wird man wiederum enttäuscht, denn in der gleichen Anfragebeantwortung erfahren wir, daß allein im Bundesland Salzburg von den im Lehrplan vorgesehenen Pflichtgegenständen an 90 Hauptschulklassen einzelne Pflichtgegenstände nicht unterrichtet werden. Im Bundesland Vorarlberg sind es 21,9 Prozent aller Hauptschulklassen, in denen ein im Lehrplan der Hauptschule vorgesehener Pflichtgegenstand nicht geführt werden kann.

Dr. Frauscher

Bei den allgemeinbildenden höheren Schulen herrscht eine ähnlich traurige Situation, lediglich in den Bundesländern Burgenland, Salzburg und Wien werden sämtliche Pflichtgegenstände unterrichtet. In den übrigen sechs Bundesländern sind insgesamt 390 Klassen vom Entfall des Unterrichtes in mindestens einem Pflichtgegenstand betroffen. Die Ursache dafür wird ausschließlich im Mangel an Lehrern gesehen. Es wird dann gesagt, Abhilfe würde geschaffen dadurch, daß die Lehrer Überstunden machen, dadurch, daß Lehrer auch in anderen als in den geprüften Fächern eingesetzt werden, dadurch, daß Sondervertragslehrer verwendet werden.

Man erwartet sich auf dem Sektor der Hauptschullehrer eine Abhilfe innerhalb absehbarer Zeit durch die neue Hauptschullehrerausbildung. Man glaubt, daß im Sektor der allgemeinbildenden höheren Schulen eine wesentliche Verstärkung des Lehrernachwuchses erst mit dem Wirksamwerden der neuen Studiengesetze zu erwarten sei.

So ist also die Situation hinsichtlich der Klassen mit Überbelag und hinsichtlich des Lehrermangels.

Besonders traurig ist jedoch die Tatsache, daß Tausende bildungswillige junge Leute vom Besuch einer berufsbildenden höheren Schule abgewiesen werden mußten. In den letzten drei Jahren sind es bereits annähernd 10.000 junge Österreicher, deren Berufslaufbahn und deren ganzes weiteres Leben schwerstens dadurch beeinträchtigt wird, daß ihnen der erwünschte Bildungsweg versperrt blieb. Diesen jungen Leuten nützt es nichts, daß sie auf Plakaten der SPÖ während des Wahlkampfes lesen konnten: „Mehr Geld für die Schulen“.

Wenn sie es in jugendlicher Unerfahrenheit geglaubt haben, muß ihre Enttäuschung nunmehr nur umso bitterer sein. Diese jungen Leute haben auch nichts davon, daß man immer vom Vorrang des berufsbildenden Schulwesens spricht und daß man ein zehnjähriges Schulentwicklungsprogramm geschaffen hat.

Dieses Programm hat ja nun bereits ein interessantes Schicksal. Es wurde in der Fassung vom 9. Juni 1971 vom Ministerrat genehmigt und dem Nationalrat als Bericht der Bundesregierung zugeleitet. Zu einer parlamentarischen Beratung kam es bisher nicht. Es wurde dann bald auch die Vorlage einer aktualisierten Fassung nach dem Stand vom Februar 1972 versprochen.

In der Anfragebeantwortung vom 5. Juli 1972 auf die Anfrage des Abgeordneten

Leitner erklärte der Herr Bundesminister, die Neuzusammenstellung des zehnjährigen Schulentwicklungsprogramms sei im Bundesministerium für Unterricht und Kunst unter Mitarbeit des interministeriellen Komitees für Schulbaufragen bereits abgeschlossen. Da dem zehnjährigen Schulentwicklungsprogramm jedoch auch ein konkretes Bauprojektprogramm für einen Zeitraum von zwei Jahren abgeschlossen sei und zu dessen Realisierung die notwendigen Budgetmittel vorgesehen werden müßten, habe er nach Fertigstellung der Neuauflage des zehnjährigen Schulentwicklungsprogramms diesbezüglich Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen aufgenommen. Nach Abschluß dieser Verhandlungen werde er das Programm dem Ministerrat zur Beratung und Beschlußfassung und zur Weiterleitung an den Nationalrat vorlegen.

Die Regierung rühmte sich zwar, das Budget so früh fertiggestellt zu haben wie nie zuvor. Anfang Oktober war jedoch von einer Beratung und Beschlußfassung des Schulentwicklungsprogramms im Ministerrat und einer Weiterleitung an den Nationalrat noch nichts zu bemerken.

Deshalb stellte Abgeordneter Gruber in der Fragestunde am 11. Oktober fest:

„Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Nationalrat dieses im Jahre 1971 verfaßte Programm neu zugeleitet erhielte.“

Der Herr Minister sagte darauf in seiner Antwort — ich zitiere —: „Ich habe es nicht abgelehnt, daß das revidierte Schulentwicklungsprogramm dem Parlament zugemittelt wird. Es ist noch nicht so weit, es wird aber in nächster Zeit dem Parlament vorgelegt werden.“

Seither sind wieder mehr als zwei Monate vergangen, und das Parlament hat das Schulentwicklungsprogramm noch immer nicht. Nichts zeigt deutlicher die Verlegenheit an, in welcher sich die sozialistische Regierung bereits heute hinsichtlich des Schulbaues befindet. Denn inzwischen steht fest, daß die Verwirklichung der für 1971 und 1972 vorgesehenen Projekte bis 1975 dauern wird und daß aus dem Zehnjahresprogramm auf diese Weise bereits ein Zwanzigjahresprogramm geworden ist.

Wenn man im Bundesfinanzgesetz 1972 im Teilheft zum Kapitel 64, Beilage C, nachschaut, welche Beträge für Schulbauten für 1973 vorgesehen waren, dann kommt man auf den Betrag von 1134 Millionen Schilling. Überprüft man nun die Ansätze der vorliegenden Regierungsvorlage des Bundesfinanzgesetzes

Dr. Frauscher

1973, so muß man feststellen, daß infolge massiver Kürzungen und Streichungen jetzt nur mehr ein Betrag von 788 Millionen Schilling vorgesehen ist, welcher Betrag außerdem durch die enormen Baukostensteigerungen wesentlich entwertet ist. Insgesamt sind 40 Schulen in allen Bundesländern von diesen Kürzungen und Streichungen betroffen.

Da der Herr Abgeordnete Schnell verkündet hat, wie gut es um den Schulbau in Wien bestellt sei, möchte ich hier zur Kenntnis bringen, welche Schulen in Wien von diesen Kürzungen und Streichungen betroffen sind: Es ist dies das Bundesrealgymnasium in Wien 2, Augarten, die Mittel wurden gestrichen; das Bundesgymnasium in Wien 6, Amerlingstraße, die Mittel wurden von 15 auf 8 Millionen gekürzt. (*Abg. Dr. Schnell: Das ist ja schon fertig, Herr Kollege! Wir ziehen ja schon ein!*) Aber es waren voriges Jahr im Budget noch Mittel vorgesehen. Wenn Sie das sagen, qualifizieren Sie selbst Ihr Budget des Vorjahres sehr schlecht, wenn Sie voriges Jahr noch Ziffern drin hatten. Sie können das in dem betreffenden Heft nachlesen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für das Bundesgymnasium und Realgymnasium Wien 15, Possingergasse, wurden die Mittel von 10 Millionen auf 1 Million gekürzt. Gestrichen wurde bei den Bundesrealgymnasien Wien 16, Wien 17, Wien 22, und beim Bundesgymnasium Wien 21 wurden die Mittel von 25 auf 10 Millionen Schilling gekürzt.

Einen ähnlichen Fall hatten wir leider auch in Salzburg zu verzeichnen, und zwar beim Akademischen Gymnasium. Als Absolvent dieser Anstalt und als Salzburger Abgeordneter muß ich auch dazu einige Worte sagen:

Das Akademische Gymnasium in Salzburg erfreut sich eines ausgezeichneten Rufes und größter Beliebtheit und hatte während der vergangenen Jahre ständig steigende Schülerzahlen zu verzeichnen. Auf Grund dessen konnten verschiedene Klassen nur mehr sehr behelfsmäßig untergebracht werden. Dazu kamen, wie Ihnen ja bekannt ist, während der vergangenen Jahre schwerste Beeinträchtigungen durch den Umbau des Universitätsgebäudes, in dem dieses Gymnasium untergebracht ist. Die Räume des Gymnasiums sollen ja auch fernerhin der Universität zur Verfügung stehen, deshalb ist ein Neubau am Rainberg geplant.

Sie, Herr Bundesminister, haben sowohl den Lehrern wie den Eltern versprochen — das gleiche tat der Herr Bautenminister —, daß

mit dem Bau dieser Schule im Herbst 1972 begonnen würde. Geschehen ist nichts! Im Budget 1972 waren 1 Million Schilling für 1972 und für das weitere Programm im Jahr 1973 10 Millionen Schilling vorgesehen. Jetzt muß man feststellen, daß im Bundesfinanzgesetz wieder nur ein Ansatz in der Höhe von 1 Million Schilling enthalten ist.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wie wollen Sie mit dieser einen Million den Neubau im Frühling des nächsten Jahres beginnen, wie es jetzt versprochen worden ist, nachdem die Eltern und die Schüler bereits mit einem Streik im März des kommenden Jahres gedroht haben? Ich habe deshalb auch schon eine schriftliche Anfrage an Sie gerichtet und hoffe, daß Sie eine befriedigende Antwort hinsichtlich des Beginnes dieses Schulbaues erteilen werden.

Im übrigen muß ich aber darauf hinweisen, daß sich unter den betroffenen Schulen auch mehrere berufsbildende höhere Schulen befinden. Es sind dies im einzelnen das Technische Gymnasium in Wien 20, Jägerstraße, wo die Mittel von 60 auf 30 Millionen Schilling gekürzt wurden; die Höhere Technische Bundeslehranstalt und die Bundeshandelsakademie in St. Pölten, die Höhere Technische Bundeslehranstalt in Graz-Gösting und Kapfenberg, Bundesgymnasium, Bundesrealgymnasium und Bundeshandelsakademie in Kirchdorf/Krems, wo die Mittel von 20 auf 8 Millionen gekürzt worden sind. (*Abg. Haberl: Woher haben Sie denn Ihre Unterlagen?*) Ich zeige sie Ihnen, wenn Sie sie brauchen.

Ferner: Bundeshandelsakademie Bruck an der Leitha; das gleiche gilt für Wörgl.

Überhaupt gestrichen wurden die Mittel für die Höhere Technische Bundeslehranstalt in Linz und in Wels. Wenn Sie das bisher nicht festgestellt haben, dann muß ich sagen, daß Sie die Unterlagen sehr mangelhaft studiert haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Entwicklung ist deshalb so bedauerlich, weil sich damit abzeichnet, daß auch in den kommenden Jahren wieder Tausende junger Leute, die sich um die Aufnahme in eine berufsbildende höhere Schule bewerben, abgewiesen werden müssen und damit einen nicht mehr gutzumachenden Schaden in ihrer beruflichen Laufbahn erleiden.

Auch für die Wirtschaft werden sich Probleme ergeben, weil die Zahl der Absolventen der berufsbildenden höheren Schulen schon lange nicht mehr dem Bedarf der Wirtschaft entspricht, dies vor allem auf dem technischen Sektor. Meines Erachtens wäre es des-

Dr. Frauscher

halb durchaus angebracht, auch die Umwandlung von allgemeinbildenden Schulen in berufsbildende Schulen in Erwägung zu ziehen, was insbesondere bei Schulen kaufmännischer und frauenberuflicher Richtung keine besonderen Schwierigkeiten bieten dürfte.

Es ist höchst bedauerlich, daß wir heute nicht wissen, wohin mit den Maturanten der allgemeinbildenden höheren Schulen, denn alle werden sicher nicht eine Laufbahn als Lehrer antreten, wie es Herr Abgeordneter Schnell meint, während wir mit den Maturanten der berufsbildenden höheren Schulen die offenen Stellen bei weitem nicht besetzen können.

Deshalb möchte ich auch noch ein Wort zu den geplanten Kollegs und Abiturientenkursen sagen. Diese Einrichtungen werden sicherlich für eine Übergangszeit, in der die aufgetretene übergroße Zahl von Absolventen der allgemeinbildenden höheren Schulen einer zu kleinen Zahl von Absolventen der berufsbildenden höheren Schulen gegenübersteht, eine nützliche Hilfeleistung bieten können, wenngleich ihre Attraktivität nicht besonders groß ist. Letztlich muß es aber Ziel der Schulpolitik sein, durch eine entsprechend zahlreiche Errichtung von berufsbildenden Schulen für 14- bis 19jährige den Besuch solcher Abiturientenkurse eher zur Ausnahme als zur Regel werden zu lassen.

Ich möchte auch noch betonen, daß die Attraktivität der berufsbildenden höheren Schulen nicht dadurch leiden darf, daß man, durch das Auftreten immer neuer Sachgebiete bedingt, diese Schulen lehrplan- und stundenmäßig allzusehr belastet und die Schüler damit überfordert. Es muß klar sein, daß bei der Fülle des immer wieder hinzukommenden Wissens nur ein Teil im Rahmen des ersten Bildungsweges vermittelt werden kann und daß durch eine spätere Weiterbildung, Spezialisierung, aber auch durch die Erfahrung in der beruflichen Praxis eine Vervollkommnung erreicht werden kann, die der erste Bildungsweg naturgemäß nicht zu bieten vermag.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß wir in Österreich über ein vorbildliches System der beruflichen Erwachsenenbildung verfügen, wobei insbesondere die Wirtschaftsförderungsinstitute mit ihrer für die gewerbliche Wirtschaft so reichen Palette an Weiterbildungsmöglichkeiten hervorzuheben sind.

Nachdem ich mich nun ausführlich mit quantitativen Problemen auf dem Bildungs-

sektor befaßt habe, möchte ich ganz kurz noch ein paar Worte zu den qualitativen Mängeln sagen, worunter ich vor allem Mängel des inneren Schulsystems verstehe. Der Sektor der inneren Schulreform wurde bisher viel zu stark vernachlässigt, weil sich diese Regierung vor allem mit organisatorischen Regelungen befaßt, von denen sie die Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen Konzepte erwartet.

Noch immer aber fehlen jene Konzepte, die aus einer rein organisatorisch angelegten Schulreform eine Schulreform mit inhaltlichen Schwerpunkten machen sollten. Vor allem müßten den Lehrern gleichzeitig mit der Erstellung neuer und reformierter Lehrpläne geeignete Unterlagen, beispielsweise Arbeitsbücher und Unterrichtsmaterialien, an die Hand gegeben werden, damit reformierte Lehrpläne sich rasch und auf breitester Ebene auch durchsetzen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich, wie schon so oft, wieder darauf verweisen, daß es unerlässlich ist, daß wenigstens in den Abschlußklassen der allgemeinbildenden Schulen, also in den vierten Hauptschulklassen und in den achten Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen ein eigenes Fach Sozial- und Wirtschaftskunde mit einer entsprechenden stundenmäßigen Dotierung vorgesehen wird und daß die Lehrer für dieses Fach auch entsprechend ausgebildet werden.

Es wäre hoch an der Zeit, daß endlich das erforderliche Studiengesetz für die Einrichtung eines Lehramtsstudiums in Wirtschafts- und Sozialkunde ausgearbeitet und dem Parlament zugeleitet wird, damit nicht weiterhin eine große Zahl von Lehrern die Hochschule verläßt, ohne ausreichend auf den Unterricht in Sozial- und Wirtschaftskunde vorbereitet zu sein.

Ich komme zum Schluß und möchte nochmals feststellen: Es hat noch nie so viele Klassen mit Überbelag und so viele Klassen mit Wechselunterricht gegeben. Es kam noch nie vor, daß so viele Pflichtgegenstände nicht unterrichtet werden konnten. Der Lehrermangel war noch nie so groß.

Die Zahl der Abweisungen von Interessenten für ein Studium an einer berufsbildenden höheren Schule war noch nie so hoch wie in den letzten drei Jahren, und wir haben annähernd bereits die Zahl von 10.000 Abweisungen erreicht.

Der Rückstand im Schulbau ist enorm!

Sie versuchen nun, diese Tatsachen zu verschleiern, und sagen, der Rückstand beim Sachaufwand wäre ein Erbe der ÖVP. Das hat Ihnen Kollege Gruber schon widerlegt.

Dr. Frauscher

Sie behaupten, das Schulbauprogramm würde demnächst vorgelegt. Schon einige Male mußten wir feststellen, daß diese Versprechungen nicht gehalten wurden. Sie erklären trotz der enormen Kürzungen und Streichungen auf dem Schulbausektor, es könne keine Rede vom Baustopp sein. Sie können aber mit all diesem Gerede nicht die Tatsache verschleiern, daß die Bildungschancen in Österreich noch nie so gering waren und die damit verbundene soziale Tragik noch nie so groß war wie heute unter Ihrer Amtsführung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Gratz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Verhandlungen über das Bundesfinanzgesetz 1973, Beratungsgruppen VI und XIV, auf Montag, den 18. Dezember 1972, 11 Uhr zu vertagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 15. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. 29. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz
2. 21. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz
3. 2. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
4. 6. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz
5. 4. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
6. 1. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz

7. Novellierung des Kleinrentnergesetzes

8. Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1973 eine Sonderregelung getroffen wird

9. Meldegesetz 1972

10. Internationales Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen

11. Urheberrechtsgesetznovelle 1972

12. Gewerbebestrukturverbesserungsgesetz-Novelle

13. Bergbauförderungsgesetz 1973

14. 1. Nebengebührenzulagengesetz-Novelle

15., 16. und 17. Bundesgesetze betreffend entgeltliche Veräußerungen von unbeweglichen Bundesvermögen

18. Bundesgesetz betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1973

19. Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967

20. Novellierung des Prämiensparförderungsgesetzes

21. Novellierung des Strukturverbesserungsgesetzes

22. Zuckerförderungsgesetz und

23. Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Veit an der Glan um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Wilhelm Gorton.

Fragestunde wird keine stattfinden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 15 Minuten